Großbritannien, Schweden und Österreich sprechen zur Welt

Die Außenminister Brown, Nilsson und Toncic-Sorinj vor der Vollversammlung

Aus der Generaldebatte der gegenwärtig noch andauernden 21. Vollversammlung haben wir im vorangegangenen Heft die Reden des amerikanischen Chefdelegierten Goldberg, des sowjetischen Außenmininsters Gromyko und des französischen Außenministers Couve de Murville gebracht und zugleich auf Sinn und Bedeutung der sogenannten ›Debatte‹ hingewiesen. Aus den gleichen und aus anderen bemerkenswerten Gründen lassen wir noch einmal drei Reden im vollen Wortlaut folgen: Der britische Außenminister Brown spricht als Vertreter einer Großmacht, die zugleich eines der fünf Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates ist, der schwedische Außenminister Nilsson als Vertreter eines neutralen Landes, das sich durch seine außerordentlich tatkräftige Mitarbeit in der Weltorganisation, insbesondere in der Genfer Abrüstungskonferenz als Sprecher der blockfreien Staaten, Ansehen in der Welt erworben hat und deshalb gehört wird, und der österreichische Außenminister Toncic-Sorinj als Vertreter des einzigen deutschsprachigen Landes in den Vereinten Nationen.

Wortlaut der Rede des britischen Außenministers George Brown vor der Vollversammlung am 11. Oktober 1966

Zunächst darf ich Ihnen, Herr Präsident, meinen Glückwunsch zu Ihrer Wahl aussprechen. Es ist gut, daß ein Vertreter eines der ältesten unabhängigen Länder Asiens bei unseren Debatten den Vorsitz hat. Insbesondere freut es mich, eine Persönlichkeit mit Ihren profunden Erfahrungen in Angelegenheiten der Vereinten Nationen in dem verantwortungsvollen Amt zu sehen. Sodann darf ich mich meinen Kollegen anschließen und Außenminister Amintore Fanfani für seine kluge, wirkungsvolle und geschickte Präsidentschaft in der vorigen Tagung danken.

Den Worten tiefer Dankbarkeit für die aufopfernde Arbeit unseres Generalsekretärs, die meine Vorredner zum Ausdruck gebracht haben, kann ich nur wenig hinzufügen. Die britische Regierung begrüßt die Entscheidung des Generalsekretärs, bis zum Ende dieser Tagung im Amt verbleiben zu wollen, und wir setzen die herzliche Bitte hinzu, daß U Thant sich entscheiden möge, es auch weiterhin zu tun, trotz der großen Belastung, die ihm damit auferlegt wird. Die Vereinten Nationen brauchen ihn, die Welt braucht ihn.

Im Britischen Unterhaus bittet jedes neue Mitglied um besondere Aufmerksamkeit für seine erste Rede, und diese Bitte wird ihm gewährt. Ich bitte Sie um das gleiche. Dies ist mein Debüt als Außenminister meines Landes auf der internationalen Bühne. Ich gehe an diese Aufgabe mit Bescheidenheit und Vertrauen heran. Mit einer Bescheidenheit, die jeder empfinden muß, wenn er vor dieser Weltversammlung spricht, die, wie ich sehr hoffe, eines Tages ein wirkungsvoller Teil einer Weltregierung sein wird. Mit Vertrauen, denn ich weiß, daß mein Land für die Ideale der Freiheit des einzelnen und der internationalen Zusammenarbeit eintritt, sie verkörpert und seine ganze leidenschaftliche Unterstützung für die Ideale und die praktische Arbeit dieser Organisation immer angeboten hat und immer anbieten wird.

Ich spreche zu Ihnen als Sozialist und folglich als ein Internationalist. Seit meiner frühesten Jugend habe ich für die soziale Demokratie geatmet, gelebt und gearbeitet. Ich wurde dabei von den internationalen Idealen meiner Überzeugung angeregt. Die Prinzipien der Freiheit und Gleichheit und die Bedeutung des einzelnen, die unserer Auffassung vom demokratischen Sozialismus zugrunde liegen, sind nicht von nationalen Grenzen eingeschlossen. Ihre Handhabung ist nicht auf bestimmte Orte, Länder oder Rassen beschränkt. Sie gelten überall in der Welt. Deshalb sehe ich es als besondere Ehre, ja als einen Höhepunkt all meiner Arbeit an, heute zu Ihnen sprechen und eine gewisse Rolle auf der Weltbühne spielen zu können, wenn ich die Ideale in den Vordergrund stelle, die für mich seit so langer Zeit so viel bedeuten. Ich gebe mich dabei keinen Illusionen hin und überschätze auch nicht die Möglichkeiten der Vereinten Nationen, aber ich möchte das Vertrauen meines Landes und mein eigenes Vertrauen in die Vereinten Nationen und ihre Ziele bekunden sowie unsere Entschlossenheit, auf dem praktikabelsten Weg für die Erfüllung ihrer Ziele und Ideale zu arbeiten.

Vereinte Nationen

Ich habe, so wie Sie wahrscheinlich auch, den Jahresbericht des Generalsekretärs gelesen. Er ist der Wahrer unseres Gewissens, erinnert uns an unsere Pflichten und weist uns auf die vor uns liegenden Aufgaben hin. Sein Bericht ist beunruhigend, aber er hat recht damit getan. Niemand kann seine Diagnose in Frage ziehen.

Ich wende mich an die Vereinten Nationen in einer Stimmung der konstruktiven Unzufriedenheit. Der Generalsekretär und ich haben nahezu die gleiche Einstellung.

Die Vereinten Nationen sehen sich heute äußerst ernsten Problemen gegenüber, und es wäre merkwürdig, wenn das nicht der Fall wäre. Denn die Vereinten Nationen werden selten um Intervention gebeten, bevor nicht feststeht, daß die jeweilige Situation über die Mittel der konventionellen Diplomatie hinausgewachsen ist und mit dem Geschick der nationalen Staatsmänner nicht mehr gemeistert werden kann. Hätte es in der Vergangenheit wirksame Vereinte Nationen gegeben, so hätten sie viele sinnlose Konflikte und die unseligen Massaker der beiden Weltkriege vermeiden können.

Der Krieg war nie und wird nie eine Lösung sein: Es gibt keine Sieger in einem Krieg. Aber keiner von uns scheint jetzt schon bereit zu sein, die logischen Folgerungen daraus übernehmen zu wollen. Was geht um uns vor? Die große Tragödie des Krieges in Vietnam, Kämpfe in Afrika und Asien, die allerdings weniger Beachtung in der Öffentlichkeit finden, Tyrannei wegen Rassenkonflikten, Ideologien oder reiner Lust an der Macht, die die menschliche Freiheit und das gesamte Konzept der Vereinten Nationen mißachten. Der bedauernswert langsame Fortschritt auf dem Wege zur Erlangung und Wahrung des Friedens, die Unfähigkeit der Nationen der Welt, abzurüsten, die Fortführung der unterirdischen Atomversuche und die Tatsache, daß der ganze Pazifische Ozean zu Experimenten mit Raketen und Bomben genutzt wird sowie das wahrscheinlich entsetzlichste Übel von allen - das zermürbende und herabwürdigende Elend der Armut, des Hungers, der Krankheiten und des Analphabetentums. Mir wurde kürzlich eine Statistik mit der Bitte um Weitergabe an Sie zugestellt, wonach rund 250 Millionen Kinder im schulfähigen Alter heute in der Welt überhaupt keine schulische Ausbildung erhalten. All das, und ich möchte meine Worte nicht beschönigen, beschämt die menschliche Rasse. Aber wir dürfen nicht verzweifeln. Ich weiß, es ist den immerhin noch jungen Vereinten Nationen gutzuschreiben, daß die Konflikte begrenzt wurden und nicht zu unvorhersehbaren Konsequenzen führten und daß das Gewissen der glücklicheren Nationen und Völker der Welt hinsichtlich ihrer Pflichten gegenüber der Menschheit geweckt wurde. Wir haben die Krankheit zumindest erkannt. Wir haben sogar einige ihrer ernsthaften Symptome geheilt, aber wir sind immer noch am Beginn des Beginns. Wir müssen diese harte Tatsache erkennen.

Obgleich die Konzeption ›Vereinte Nationen‹ eine gewisse Mystik, eine gewisse nicht greifbare, supranationale, moralische Stärke aufweist und das Symbol der großen Hoffnung für eine bessere Zukunft ist, bleiben die Vereinten Nationen eine Versammlung von Nationalstaaten. Alle diese Staaten verfolgen Ziele, die ihrer Ansicht nach im nationalen Interesse ihres Landes liegen. Es wäre vielleicht vermessen, in diesem Stadium etwas anderes zu erwarten. Bislang haben die Mitgliedstaaten aber wenig oder gar keine Neigung gezeigt zu erkennen, daß ihr nationales Interesse, in der Tat ihr eigenstes nationales Interesse, die Stärkung dieser Organisation ist. Viele sind immer noch gewillt, das, was sie als ihre eigenen unmittelbaren Ziele ansehen, zu verfolgen. Sie scheinen nicht einmal etwas dagegen zu haben, wenn dieses Verhalten zu einer Schwächung der Organisation führt. Aber die Vereinten Nationen sind lebenswichtig für uns alle, ohne sie werden wir alle untergehen. Deshalb muß die Stärkung der Vereinten Nationen das oberste nationale Interesse sein. Eine selbst begrenzte Realisierung dieser Absicht würde der Anfang von Klugheit für alle Mitgliedstaaten sein und möglicherweise zu einem erstaunlichen Wechsel in den Aussichten für den Weltfrieden führen können.

Dieser Wechsel könnte sich unmittelbar auf die Möglichkeiten dieser Organisation für die Erlangung und Wahrung des Friedens auswirken. Ich bedaure sehr, daß der Ausschuß der 33 nicht zu

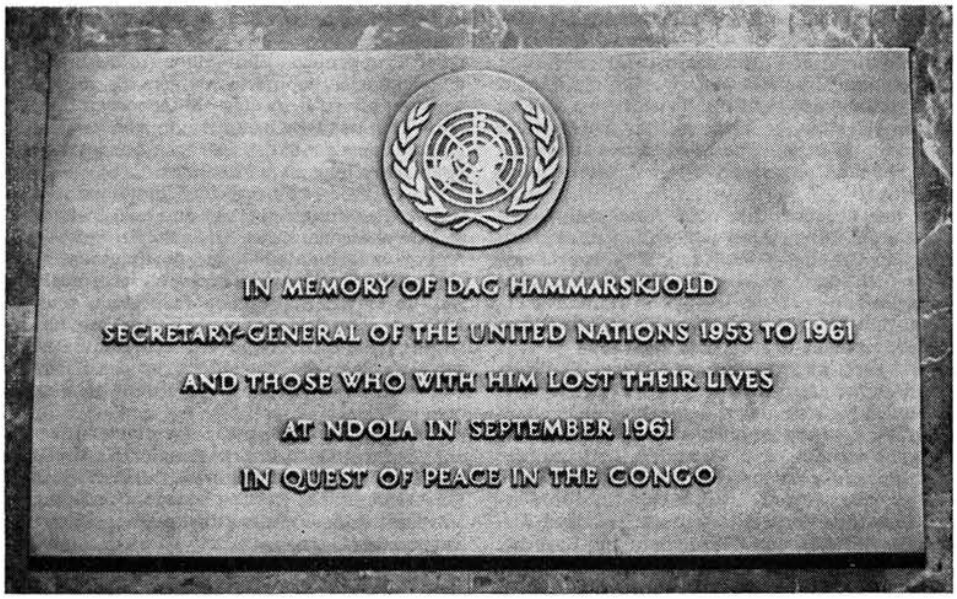
einem Ergebnis hinsichtlich der Organisation und Befugnisse für künftige friedenswahrende Operationen gekommen ist. Hier erfüllen wir nicht unsere Aufgabe. Wir sind in unseren Bemühungen, die Seele des Friedens zu schaffen, fehlgeschlagen.
Unter den Mitgliedstaaten herrschen tiefgreifende Differenzen in dieser Frage; da sind diejenigen Länder, zu denen sich mein Land mit Stolz zählt, die in der Wahrung des Friedens eine wesentliche Aufgabe der Vereinten Nationen sehen und die entschlossen sind, dieses Ziel zu verfolgen, komme was mag. Andererseits gibt es Länder, die zu wünschen scheinen, daß die Vereinten Nationen in ihrer lebenswichtigen Rolle als Wahrer des Friedens sorgfältig begrenzt bleiben. Es ist klar, daß diese unterschiedlichen Auffassungen weder schnell noch leicht ausgeglichen werden können. Das ist eine Tatsache des Lebens, die zwar bedauerlich, aber wahr ist. Der Generalsekretär hat uns darauf aufmerksam gemacht, daß die gegenwärtige Situation die ernsthaftesten Auswirkungen auf die Vereinten Nationen und auf ihre Wirksamkeit als Instrument des Friedens in der Welt hat. Es ist tatsächlich fast ein Wunder, daß die Organisation in der Lage war, eine Reihe von friedenswahrenden Operationen so wirkungsvoll durchzuführen. Sie wurden alle organisiert und finanziert auf einer Ad-hoc-Basis, die dem Generalsekretär und den wenigen, die zu ihrer erfolgreichen Durchführung beigetragen haben, eine große Last aufbürdete. Ich teile die Ansicht des Generalsekretärs, daß die Vereinten Nationen niemals völlig unfähig sein werden, für die notwendige Wahrung des Friedens zu handeln, ich stimme aber auch mit ihm darin überein, daß sie dieser Aufgabe nur langsam und zögernd nachkommen können, wenn die Dinge bereits das ernste und fortgeschrittene Stadium einer Krise erreicht haben.
Diese Lage können wir nicht länger gestatten. Ich habe die wohlabgewogenen Worte von Mr. Paul Martin und seine Vorschläge gut verstanden. Entspräche es nicht dem gesunden Menschenverstand und der gebotenen Klugheit, die Organisation zunächst mit der notwendigen Fähigkeit für die Wahrung des Friedens auszurüsten und hierfür die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen? Was ist erforderlich? Erstens die Bereitstellung von Kontingenten durch die Regierungen und zweitens eine allgemeine Militärdoktrin, so daß die bereitgestellten Streitkräfte zusammenarbeiten können. Drittens ist eine Planungsabteilung hier im Zentrum in New York notwendig. Viertens müssen mehr Länder als bisher freiwillig ihre finanziellen Beiträge leisten. Ich darf diejenigen, die sich diesen Schritten widersetzen, ernstlich bitten, an dieses Problem dann auf andere Weise nachhaltig und eingehend heranzugehen. Unsererseits werden wir weiterhin alles in unserer Macht Stehende tun, um sicherzustellen, daß die Vereinten Nationen tatsächlich den Frieden wahren können und fähig sind, Krisen zu begegnen, bevor wir ihnen erliegen.
Genauso wichtig wie Frieden zu wahren ist es, Frieden zu stiften, d. h. die Beilegung von Auseinandersetzungen, bevor sie das Stadium bewaffneter Konflikte erreichen, beziehungsweise die Beseitigung der Ursachen eines Konfliktes, sobald er ausgebrochen ist. Diese Organisation kann hierin einige Erfolge verbuchen, aber nicht genug. Wir wollen herausfinden, warum. Wir sind nach wie vor der Überzeugung, daß noch viel mehr getan werden muß. Wir müssen alle Möglichkeiten der Herbeiführung des Friedens einer neuen, eingehenden und breitangelegten Überprüfung unterziehen. Im vergangenen Jahr haben wir einen Vorschlag gemacht, der uns einen Schritt weiter bringt. Er steht noch auf der Tagesordnung. Ich darf Sie bitten, diesen Vorschlag sorgfältig zu überdenken, um Ihre, wie ich glaube, ungerechtfertigten Befürchtungen und Ihr Mißtrauen zu überwinden und in Übereinstimmung mit der Charta Maßnahmen zu ergreifen, die in unser aller Interesse die Stärke der Vereinten Nationen langfristig unterbauen werden, um uns zu ermöglichen, den Frieden zu schaffen.
Ich bin ferner der festen Überzeugung, daß alle Völker der Welt hier vertreten sein sollten. Dies ist nicht nur ein Club für Gleichgesinnte. Dies ist ein Platz, wo sich alle treffen sollten, um ihre Ideen auszutauschen und schließlich zu einer Art von Harmonie und Übereinstimmung zu kommen. Ich bin mir bewußt, daß eine universale Mitgliedschaft den Fortschritt verlangsamen kann, aber der Fortschritt wäre sicherer, die Grundlagen für den Frieden fester, wenn alle Nationen der Welt hier vertreten sind. Die Rückkehr Indonesiens begrüße ich sehr. 100 Millionen begabter Menschen, die über große natürliche Hilfsquellen verfügen, sollten nicht außerhalb stehen. Gleichzeitig muß ein Weg gefunden werden, und meiner Ansicht nach ziemlich schnell, dem Vertreter der Volksrepublik China einen Sitz zu verschaffen, damit die Stimme von 700 Millionen Chinesen in unseren Räten gehört werden kann. Es gibt noch andere Staaten, die nicht unter uns sein können. Als Europäer bedaure ich, daß ein wiedervereinigtes Deutschland unserer Organisation nicht schon jetzt seine politische und wirtschaftliche Stärke zur Verfügung stellen kann.

Wirtschaftliche und soziale Fragen

Nach diesen Ausführungen darf ich mich kurz den wirtschaftlichen und sozialen Aspekten unserer Arbeit zuwenden. Da ich bis vor kurzem Wirtschaftsminister meines Landes war, habe ich natürlich ein besonderes Interesse an der wirtschaftlichen Rolle der Vereinten Nationen.
Wir in Großbritannien sind uns bewußt, daß wir zusammen mit anderen Industrieländern eine moralische Verantwortung haben, den neuen Staaten zu helfen. Wir wissen auch, daß es in unserem eigenen materiellen Interesse liegt, so zu handeln. Wir wünschen, daß ihr Lebensstandard steigt und ihr Handel sich ausweitet, da dadurch ein Stimulans für die Prosperität in der Welt geschaffen wird. Außerdem können wir die Armut in großen Teilen der Welt Seite an Seite mit einem Überfluß in anderen Teilen nicht akzeptieren oder tolerieren. Wenn wir den übelsten aller Konflikte verhindern wollen, nämlich den Konflikt zwischen den Besitzenden und den Besitzlosen, ein Konflikt, der unvermeidlich zugleich ein rassischer sein würde, müssen wir dafür sorgen, daß die Hilfe mit Würde angenommen werden kann und ohne Bevormundung gegeben wird. Wir müssen aber auch die Mittel für diese Hilfe finden. Unsere jetzige finanzielle Situation in Großbritannien erlaubt es uns nicht, soviel zu tun, wie wir möchten. Aber im vergangenen Juli hat die Regierung Ihrer Majestät drastische Mittel zur Wiederherstellung unserer Wirtschaft ergriffen. Diese Maßnahmen zeitigen bereits gute Auswirkungen. Der Umfang unserer zukünftigen Hilfeleistung für Entwicklungsländer hängt von dem Ausmaß der Wiederbelebung unserer Wirtschaft ab. Bislang haben wir umfangreiche Hilfeleistungen erbracht, und wir werden alle Anstrengungen machen, den gegenwärtigen Stand unseres Beitrags zu multilateralen Hilfsprogrammen beizubehalten. Wir sind entschlossen, unsere Hilfe für die Entwicklungsländer zu gegebener Zeit zu erhöhen. Aber in der Zwischenzeit sind wir nicht in der Lage, Hilfeleistungen in dem Umfang zur Verfügung zu stellen, wie wir es möchten.
Ich setze mich sehr für multilaterale Hilfe ein. Der Umfang, in dem die Hilfe durch die Vereinten Nationen und ihre angegliederten Organisationen geschleust wird, hängt zum Teil von dem Grad an Vertrauen ab, das die Verwaltungskörperschaften bei den Geberländern erwecken können. Der Steuerzahler, der das Geld zur Verfügung stellt, hat ein berechtigtes Interesse daran, daß es gut verwendet wird. Die öffentliche Unterstützung in den demokratischen Ländern wird davon abhängen. Darüber enthält der Bericht unseres Generalsekretärs meines Erachtens sehr viel Positives und Ermutigendes. Die Empfehlungen des 14er-Ausschusses, der auf Initiative der französischen Regierung vernünftigerweise eingesetzt wurde, können weiterhelfen, und wir hoffen, daß sie in Kraft gesetzt werden.
Dies ist hier für mich nicht der Zeitpunkt, das gesamte Feld der internationalen Bemühungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet zu beleuchten. Aber diese Bemühungen sind so wichtig, daß ich einige wesentliche Prinzipien und Absichten kurz betonen möchte.
Ich schätze die wirksame Arbeit, die der Wirtschafts- und Sozialrat und die Abteilung für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten des Sekretariats der Vereinten Nationen getan haben und noch zu tun haben werden.
Wir unterstützen die neue Aufgabe der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Industrialisierung, und wir haben auch bereits unseren Beitrag dazu geleistet.
Wir sind überzeugt, daß die ständige Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) eine fortschrittliche und konstruktive Rolle auf den Gebieten des Handels, der Hilfe und der Entwicklung spielen wird, und wir werden unsere ganze Kraft auf der UNCTAD-Konferenz des kommenden Jahres in New Delhi einsetzen. Insbesondere hoffen wir, daß ein Fortschritt in der Ausarbeitung von Vorschlägen für zusätzliche finanzielle Maßnahmen erreicht wird, deren Vorlage auf der Konferenz von 1964 bereits von Großbritannien unterstützt wurde, wie auch in der Ausarbeitung von internationalen Warenabkommen zur Steigerung des Verbrauchs und zur Hebung des Lebensstandards.
Wir wünschen auch mehr Aktivität auf dem Gebiet der Menschenrechte. Wir haben die Pflicht, die lang erwarteten Konventionen für Menschenrechte fertigzustellen.
Wir begrüßen und unterstützen vor allem den Kampf der Vereinten Nationen gegen das Übel der Rassendiskriminierung. Ein wesentlicher Fortschritt auf diesem Gebiet ist die Tatsache, daß die Generalversammlung im vergangenen Jahr die Internationale Konvention über die Aufhebung aller Formen der rassischen Diskriminierung angenommen hat. Ich bin erfreut, die Möglichkeit zu haben, von diesem Podium aus sagen zu können, daß die britische Regierung diese Konvention wärmstens begrüßt und sie heute unterzeichnen wird.

Kolonialismus

Der Generalsekretär bezieht sich in seinem Bericht auf den Kolonialismus und wendet sich gegen die Kolonialmächte. Ich teile seine Ansicht und ich teile seine Ungeduld. In meinem gesamten politischen Leben habe ich gegen den Kolonialismus gekämpft,



Gedenktafel an der Außenwand des Meditationsraumes. (Siehe Riedmair, Friedensreligiosität S. 177 ff. und Bilder auf S. 179 und S. 185.)

Zur Erinnerung an Dag Hammarskjöld, den Generalsekretär der Vereinten Nationen von 1953 bis 1961, und an jene, die mit ihm auf der Suche nach Frieden für den Kongo bei Ndola im September 1961 ihr Leben ließen.

und ich bin stolz auf die Rolle, die Großbritannien in der friedlichen Überleitung der abhängigen Gebiete in unabhängige Staaten und des Empire zum Commonwealth gespielt hat. Ich hoffe, daß niemand diesen Prozeß ins Gegenteil verkehren will, daß es keinen ›Neo-Kolonialismus‹ und keine Einmischung in die schwer gewonnene Unabhängigkeit geben wird. Die britische Regierung ist und wird von dem Prinzip geleitet, daß die Interessen eines Territoriums, für das sie noch verantwortlich ist, ausschlaggebend sind. Großbritannien ist bereit, den Territorien die Unabhängigkeit zu geben, die sie wünschen und die sie bewahren können. Aber gewisse Probleme der Entkolonialisierung verbleiben. Es ist unvermeidlich, daß das die schwierigsten sind. Sie können nicht durch eine Mischung von Theorie und Enthusiasmus überwunden werden. Es sind praktische Probleme, die eine praktische Lösung erfordern. Wir schätzen uns glücklich, Ihre Hilfe zu haben, vorausgesetzt, daß diese Hilfe unparteiisch im echten Interesse der betreffenden Völker geboten wird. Bewerten Sie die Probleme unparteiisch und objektiv. Manche mögen denken, daß wir, weil unsere Methode liberaler und humaner Natur ist, zu hastigen und einseitigen Lösungen gezwungen werden könnten. Das ist nicht der Fall. Unser Ziel ist klar, und wir beabsichtigen, es in einer ordentlichen und fairen Weise zu erreichen. Lassen Sie diese Versammlung hier, so wie es unser Präsident fordert, eine ›Versammlung der Vernunft‹ sein.

Wenn Sie mir gestatten, möchte ich jetzt ein Wort zu Südarabien sagen. Wir beabsichtigen, Südarabien im Jahre 1968 vollständig unabhängig werden zu lassen. Wenn es sich dann in der Unabhängigkeit vereinigt und lebensfähig weiterentwickeln soll, unterstützt vom internationalen guten Willen, ist es für die jetzige Übergangszeit wesentlich, daß die gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten beigelegt werden und daß die Völker Südarabiens zum Einverständnis mit den Maßnahmen geführt werden, mit denen sie auf friedlichem Wege unter sich selbst die Art ihrer eigenen Zukunft regeln können. Ich glaube, es liegt in der Macht der Vereinten Nationen, einen entscheidenden Beitrag zur Erreichung dieses Zieles zu leisten.

Zu Beginn dieses Jahres haben wir bekanntgegeben, daß wir unseren Militärstützpunkt in Aden zur selben Zeit aufgeben werden, in der Südarabien unabhängig wird. Schon vorher haben wir unsere Zustimmung zu den Resolutionen der Generalversammlung von 1963 und 1965 über Aden mitgeteilt, die unter anderem den Truppenabzug forderten, und wir haben den Generalsekretär wissen lassen, daß wir gerne mit einer Sonderkommission der Vereinten Nationen zusammenarbeiten würden, um praktische Schritte für die vollständige Inkraftsetzung dieser Resolutionen zu empfehlen. Wir hoffen, daß es dem Generalsekretär bald möglich sein wird, die geeigneten Persönlichkeiten für diese Kommission zu finden und daß die Arbeit der Kommission nicht nur dazu beitragen wird, konstruktive Ergebnisse für den Weg zur Unabhängigkeit Südarabiens zu erbringen, sondern auch ein größeres Verständnis aller Organisationen der Vereinten Nationen für die tatsächlichen Verhältnisse in dem Gebiet der arabischen Halbinsel.

Ich denke, es ist nur natürlich, wenn ich mich jetzt der rhodesischen Frage zuwende. Unserer Ansicht nach war die Commonwealthkonferenz des vergangenen Monats in London eine Angelegenheit von äußerster Wichtigkeit. Wir waren uns einig in der erneuten Entschlossenheit, die Rebellion zu einem Ende zu bringen. Wir waren uns einig über die fundamentalen Prinzipien der Nichtdiskriminierung der Rassen und des Aufbaus einer gerechten Gesellschaftsordnung, die auf der Gleichheit aller basiert. Die britische Regierung hat klargemacht, daß das illegale Regime durch eine auf einer breiten Basis aufgebaute und einen repräsentativen Querschnitt darstellende legale Regierung ersetzt werden muß, die vom Gouverneur eingesetzt wird. Diese legale Regierung soll das Land für eine Zwischenzeit verwalten und mit der britischen Regierung über eine verfassungsmäßige Regelung verhandeln mit dem Ziel, eine Mehrheitsregierung auf der Basis der sechs erklärten Grundsätze zu erreichen. Diese Regelung soll dann dem gesamten rhodesischen Volk mit Hilfe entsprechender demokratischer Mittel zur Annahme unterbreitet werden. Die Meinungsbefragung muß fair und frei durchgeführt werden, und ich möchte ganz klarmachen, daß die britische Regierung keiner Unabhängigkeit zustimmen wird, wenn nicht das gesamte rhodesische Volk sein Einverständnis zu erkennen gegeben hat. Bis dahin muß Meinungsfreiheit eingeräumt werden. Politische Gefangene müssen freigelassen und normale politische Aktivität muß gestattet werden, vorausgesetzt, daß sie friedlich und demokratisch ohne Einschüchterung von irgendeiner Seite erfolgen kann. In der Zwischenzeit sollen die Streitkräfte und die Polizei dem Gouverneur verantwortlich sein.

Der Zweck der jüngsten Reise meiner Kollegen, des Commonwealthministers und des Kronanwalts, nach Salisbury war es, diese Entschlüsse allen in Rhodesien bekanntzumachen. Meine Kollegen haben auch klargemacht, daß gewisse Konsequenzen zu erwarten seien, falls das illegale Regime in Rhodesien nicht bereit sein sollte, erste und unvermeidliche Schritte zu unternehmen, um die Rebellion zu einem Ende zu bringen und eine Exekutive zu schaffen, die dem Gouverneur verantwortlich ist. Vorausgesetzt, wir erhalten die volle Unterstützung der Vertreter des Commonwealth bei den Vereinten Nationen, so wären wir als britische Regierung bereit, im Sicherheitsrat vor Ende dieses Jahres eine Resolution mit vorzuschlagen, die wirkungsvolle, besonders ausgewählte wirtschaftliche Sanktionen gegen Rhodesien vorsieht, mit der alle früheren Vorschläge für eine konstitutionelle Regelung hinfällig werden und die insbesondere vorsieht, dem britischen Parlament keine Regelung zu unterbreiten, die eine Unabhängigkeit vor Schaffung einer Mehrheitsregierung beabsichtigt.

Eines ist ganz klar, Großbritannien und das Commonwealth sind gemeinsam entschlossen, dieses Problem auf einer Basis zu lösen, die sowohl legal als auch ehrenhaft für alle Beteiligten ist. Aber die Zeit läuft ab.

Eine ähnliche Lösung suchen wir für Südwestafrika. Die Debatte über diese Frage macht jetzt Fortschritte in dieser Versammlung. Wir verfolgen sie aufmerksam, und wir werden in ihrem Verlauf nun sehr bald unsere Stellung bekanntgeben.

Vietnam

Ich komme jetzt zu der Frage, die uns alle sehr beunruhigt. Die Regierung Ihrer Majestät betrachtet den sich verschärfenden Konflikt in Vietnam mit größter Sorge. In meinem Fall und, wie ich glaube, zugleich für Außenminister Gromyko, gibt es einen Grund zu zusätzlicher persönlicher Anteilnahme, da unsere Länder die beiden Ko-Vorsitzenden der Genfer Konferenz von 1954 waren, auf der vor zwölf Jahren die Probleme Indochinas gelöst werden sollten.

Lassen Sie mich versuchen, die Grundzüge der Politik meiner Regierung gegenüber Vietnam zu umreißen, die ich in der vergangenen Woche in Brighton meiner Partei darlegte. Dort wurden sie von einer überwältigenden Mehrheit befürwortet. Es scheint mir eine fundamentale und unausweichliche Tatsache zu geben: Für diesen Konflikt kann und sollte es keine militärische Lösung geben. Nach unserer Ansicht ist die einzige Möglichkeit eine politische Lösung auf dem Verhandlungswege. Diesem Ziel möchte ich mich jetzt kurz zuwenden.

Ich möchte Sie nicht mit der Vorgeschichte oder Anschuldigungen und Gegenanschuldigungen aufhalten. Aber wir wollen uns keinen Illusionen hingeben. Tatsächlich hat Hanoi den Weg zum Fortschritt durch Verhandlungen und zu einer politischen Lösung blockiert. Präsident Johnson gab unlängst in Detroit seine Bereitschaft zu erkennen, einen Zeitplan für den Abzug aus Südvietnam zu akzeptieren, falls Nordvietnam das gleiche täte. Soweit mir bekannt ist, ohne eine Antwort zu erhalten. Auf dieser 21. Vollversammlung hat der UN-Botschafter Goldberg erneut die Bereitschaft der amerikanischen Regierung bekundet, jegliche Bombardierungen Nordvietnams in dem Augenblick einzustellen, da sie irgendwelche Zusicherungen erhielte, daß die andere Seite auf die Einstellung unverzüglich mit einer entsprechenden Maßnahme der De-Eskalation reagieren würde. Ferner brachte er auch die Möglichkeit eines Zeitplans für einen kontrollierten stufenweisen Abzug aller ausländischen Streitkräfte aus Südvietnam zur Sprache. Bisher haben wir vergeblich auf eine Reaktion gewartet. Aber selbst unter diesen Umständen bin ich davon überzeugt, daß es jetzt Punkte gemeinsamen Interesses in den Genfer Abkommen von 1954 gibt, die sowohl die Nordvietnamesen als auch die Amerikaner als mögliche Basis für eine Regelung bezeichnet haben. Aus diesem Grunde wiederhole ich von diesem Weltforum aus die Einladung an Außenminister Gromyko, die ich schon auf der Jahreskonferenz der Labour-Partei in Brighton ausgesprochen habe. Ich lade ihn ein, mit mir gemeinsam die Genfer Konferenz wiedereinzuberufen, und ich würde mich freuen, wenn er dies noch heute tun könnte.

Eingedenk der Genfer Abkommen glaube ich, daß eine Regelung nach den folgenden Richtlinien möglich sein sollte:

1. Die am Krieg beteiligten Parteien und andere interessierte Regierungen sollten sobald wie möglich zu einer Konferenz zusammentreffen.

Ich sehe keinen Grund, warum die ›Nationale Befreiungsfront‹ oder die Vietkong auf dieser Konferenz nicht vertreten sein sollten, und ich begrüße die Versicherung der Vereinigten Staaten, daß diese Frage von ihrem Standpunkt aus gesehen »kein unlösbares Problem« ist.

2. Sobald eine Konferenz im Prinzip akzeptiert ist, sollten die folgenden Maßnahmen ergriffen werden:

a) Die Bombardierung Nordvietnams durch amerikanische und südvietnamesische Flugzeuge sollte eingestellt und das Versprechen gegeben werden, die Bombenangriffe erst und nur dann wieder aufzunehmen, wenn die Konferenz ergebnislos verlaufen ist und der Krieg erneut begonnen wird.

b) Die Entsendung von amerikanischen Truppen und Kriegsmaterial nach Südvietnam sollte beendet und die Arbeit an militärischen Stützpunkten eingestellt werden.

c) Ebenso wichtig ist, daß die Entsendung von nordvietnamesischen Truppen und Kriegsmaterial nach Südvietnam eingestellt wird.

3. Die Oberbefehlshaber beider Seiten sollten ihren Truppen sobald wie möglich gleichzeitig befehlen, keine neuen Angriffshandlungen vorzunehmen. Dies wäre eine der Voraussetzungen für eine Feuereinstellung, die das vordringlichste Ziel der Konferenz sein sollte.

4. Während die Konferenz über die Feuereinstellung verhandelt, sollte sie sich auch über die Hauptgrundsätze einer politischen Lösung für Vietnam einigen. Diese sollte, wie sowohl von der amerikanischen Regierung als auch von der Regierung in Hanoi wiederholt gefordert wurde, auf »den wesentlichen Punkten des Genfer Abkommens von 1954« basieren.

a) in Nord- und Südvietnam sollten innerhalb eines bestimmten Zeitraums, von beispielsweise zwei Jahren, freie Wahlen stattfinden.

b) Es sollte für alle Vietnamesen, die auf einer der beiden Seiten in irgendeiner militärischen oder zivilen Eigenschaft am Krieg teilgenommen haben, eine Amnestie erlassen werden. Jedem einzelnen sollten persönliche Freiheit, Sicherheit und seine staatsbürgerlichen Rechte garantiert werden.

c) Die aus diesen Wahlen hervorgehenden Regierungen sollten frei darüber entscheiden, wann und unter welchen Bedingungen Nord- und Südvietnam zu einem Staat wiedervereinigt werden sollen. Keine fremde Macht sollte sich in diese Entscheidung einmischen.

d) Nord- und Südvietnam sollten neutralisiert werden und sich verpflichten, keine ausländischen Truppen oder Stützpunkte auf ihren Territorien zuzulassen und keiner militärischen Allianz beizutreten.

e) Die Regierungen der Vereinigten Staaten und Nordvietnams sollten sich über einen Zeitplan für einen gleichzeitigen Abzug ihrer Truppen aus Südvietnam und für eine Auflösung aller dort angelegten Stützpunkte einigen. Es sollte ein Termin festgesetzt werden, bis zu dem diese Maßnahmen durchzuführen sind, wobei auch hier wieder ein Zeitraum von zwei Jahren nach der Ratifikation des von der Konferenz ausgearbeiteten Abkommens ein guter Vorschlag zu sein scheint.

f) Die Streitkräfte Nord- und Südvietnams sollten gemäß der politischen Regelung reduziert und begrenzt werden.

5. Alle obengenannten Maßnahmen einschließlich der Wahlen, des Abzugs amerikanischer und nordvietnamesischer Truppen und der Reduzierung der nord- und südvietnamesischen Streitkräfte, sollten unter internationaler Inspektion und Kontrolle stattfinden. Es sollte eine internationale Kampagne für die wirtschaftliche und soziale Rehabilitierung Nord- und Südvietnams eingeleitet werden mit dem Ziel, die Verwüstungen des Krieges zu beheben und die Vorteile einer friedlichen internationalen Zusammenarbeit zu demonstrieren.

6. Die Verantwortung für die obenerwähnten Maßnahmen sollte der gegenwärtigen internationalen Kontrollkommission übertragen werden, die, falls erwünscht, durch zusätzliche Vertreter anderer Mächte verstärkt werden könnte. Die Kommission sollte über eine internationale Friedensstreitmacht, ähnlich der auf Sinai und Zypern, verfügen.

Das ist der Vorschlag, den ich befürworte. Er ist endgültig, er ist spezifisch und er ist detailliert. Ich rufe jetzt alle auf, ihn anzunehmen.

Abrüstung

Eine weitere herausragende Frage, der wir uns gegenübersehen, ist die Abrüstung. In seiner Einleitung zum Jahresbericht über die Tätigkeit der Vereinten Nationen hat der Generalsekretär mit Recht die großen Gefahren unterstrichen, die die Welt gegenwärtig bedrohen. Wir haben es 20 Jahre lang fertig gebracht, mit Kernwaffen zu leben und einen Weltkrieg zu vermeiden, einzig und allein aufgrund der von den beiden Supermächten geübten Zurückhaltung und aufgrund ihres Wissens, daß jede die andere vernichten könnte. Aber ich glaube, wir müssen uns vergegenwärtigen, daß diese Situation sich durchaus ändern kann und daß neue Gefahren für die Stabilität des internationalen Gleichgewichts am Horizont auftauchen.

Da ist zunächst einmal China, das sich ein Atompotential aufbaut. Wie begrenzt Chinas Potential an Kernwaffen zur Zeit auch sein mag, die Chinesen sind zweifelsohne entschlossen, alles zu tun, um es mit der Macht der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion aufzunehmen. Zweitens sind wir uns alle der ernsten Gefahr bewußt, daß in ein paar Jahren weitere Nationen möglicherweise Atomwaffen zu ihrer Verfügung haben werden, und wir wissen, was das für den Frieden bedeuten würde. Aber vielleicht erkennen wir nicht immer die Risiken, die sich aus dem Tempo des technologischen Fortschritts, insbesondere auf dem Gebiet der Kernwaffen, ergeben könnten. Wir können den wissenschaftlichen Fortschritt nicht aufhalten und sollten es auch nicht versuchen, doch können wir bereits die Zeit absehen, in der sich die zunehmende Komplikation der Kernwaffenmaschinerie immer mehr der Kontrolle des Menschen entzieht. Mit anderen Worten, ich glaube, daß in einer Welt, die bereits ein Übermaß an Waffen besitzt und in der Nationalismus und Mißtrauen ständig wachsen, die Zukunft mit jedem Augenblick gefährlicher wird.

Diese Situation erfordert Ideen sowie die Bereitschaft, Risiken auf sich zu nehmen. Andernfalls werden wir bald am Rande des Abgrunds stehen. Wir alle wissen, daß unser langfristiges Streben auf die allgemeine und totale Abrüstung unter internationaler Kontrolle abzielt. Wir alle möchten dieses Ziel verwirklichen, aber kein vernünftig Denkender erwartet, daß es flugs zu erreichen ist. Was wir tun müssen, und zwar meiner Ansicht nach sofort, ist dreierlei. Erstens müssen wir erkennen, daß das unmittelbarste Risiko in der potentiellen Weiterverbreitung von Kernwaffen auf Länder besteht, die bislang noch keine besitzen, und uns in dieser Erkenntnis auf den Text eines Vertrages gegen die Weiterverbreitung einigen, damit so diese Entwicklung zum Stillstand gebracht wird. Zweitens müssen wir den teilweisen Teststoppvertrag so ausbauen, daß er nicht nur unterirdische Explosionen mit einschließt, sondern auch die jetzigen Atommächte daran hindert, diese fürchterlichen Waffen weiterzuentwickeln und noch gefährlichere Arten zu entwickeln. Drittens müssen wir die Volksrepublik China in die internationale Völkergemeinschaft bringen und sie insbesondere an regelmäßigen und fruchtbaren Verhandlungen über die Abrüstung beteiligen. Natürlich stehen der Verwirklichung selbst dieser begrenzten Ziele ernste Schwierigkeiten im Wege. Aber wenn wir den schrecklichen Gefahren, die uns bedrängen, ins Auge sehen, werden wir - dessen bin ich sicher - zu dem Schluß kommen, daß wir die Probleme lösen müssen und daß sie gelöst werden können, wenn wir bereit sind, einige einkalkulierte Risiken auf uns zu nehmen und ein

klein wenig von dem Mißtrauen und dem Argwohn aufzugeben, von denen die internationalen Beziehungen so lange bestimmt wurden.

Schlußbemerkungen

Vieles von dem, was wir zu diskutieren haben, ist schrecklich und furchterregend. Keiner von uns erwartet, daß die Vereinten Nationen in der Lage sein werden, eine Lösung für all diese Probleme im nächsten Jahr oder selbst in den nächsten fünf Jahren zu finden. Wir alle können bitten, daß die Organisation, und das heißt jeder von uns, die wir ihre Mitglieder sind, an unsere Aufgaben mit Mut, praktischem Sinn und Idealismus herangeht, aber gänzlich ohne Illusionen. Wir müssen erkennen, was die Organisation übernehmen kann, wir dürfen ihr keine unerträglichen Lasten auferlegen. Wir dürfen nicht denken, daß eine Resolution, von der man von vornherein weiß, daß sie keine Chance hat, realisiert zu werden, ein Ersatz für tatkräftiges Handeln ist. Die Vereinten Nationen haben natürlich die Aufgabe, das Echo der Weltmeinung zu sein, und es liegt im wahren Sinne der Demokratie, daß jedermann seine Überzeugung hier frei und furchtlos aussprechen kann. Lassen Sie uns das, was wir denken, ehrlich und freimütig äußern. Lassen Sie uns die Probleme, denen sich die Welt gegenübersieht, auf praktische und menschliche Weise lösen. Lassen Sie uns wirklich versuchen, die Vereinten Nationen zu einem Zentrum der Harmonisierung der Interessen ihrer Mitglieder zu machen. Lassen Sie uns über unsere Meinungsverschiedenheiten diskutieren, aber lassen Sie uns versuchen, dem Standpunkt des anderen Verständnis entgegenzubringen. Lassen Sie uns arbeiten in den Lobbies und in den Ausschüssen, um zu Lösungen zu kommen. Lassen Sie uns nie in der Öffentlichkeit eine Haltung einnehmen, die keinen Rückweg mehr gestattet. Unsere Aufgabe ist der Frieden der Welt und das Glück der Menschheit. Mehr als das. Unsere Aufgabe ist es, die Menschen nicht nur vor dem Schlachtfeld zu bewahren, sondern auch vor der Armut und dem Hunger. Unsere Aufgabe ist es, dem allen ein Ende zu setzen.

Wortlaut der Rede des schwedischen Außenministers Torsten Nilsson vor der Vollversammlung am 10. Oktober 1966

Während diese Debatte im Gange ist, wird die Aufmerksamkeit in allen Ländern von zwei dunklen drohenden Wolken über dem Welthorizont beherrscht, vom Vietnamkrieg und von der Lage im südlichen Afrika. Vor diesem Hintergrund ist es natürlich, daß wir diese Fragen hier so erschöpfend diskutieren, wie es geschehen ist. Sollen die Vereinten Nationen weiterhin ein wirksames Organ für internationale Zusammenarbeit sein mit dem Ziel, die Sicherheit aller Mitgliedstaaten zu erhöhen, müssen wir jeder Situation, die den Frieden in Gefahr bringt, mit offenen Augen entgegentreten.

Der Krieg, der jetzt in Vietnam wütet, bringt der Bevölkerung des Landes unermeßliche Leiden und Zerstörung. Dörfer werden in Trümmer verwandelt. Schutt, Trümmer, Asche, verstümmelte Menschen, fliehende Obdachlose sind seine Spur. Der Krieg stellt außerdem eine Bedrohung des Friedens in Asien und vielleicht in der ganzen Welt dar. Wie kann diese Kette von Handlungen gebrochen werden, die mit der schicksalhaften Gesetzmäßigkeit einer griechischen Tragödie einander bedingen und hervorrufen?

Diese Debatte hat sich zu einem Rechenschaftsbericht über die internationale öffentliche Meinung entwickelt. Das Ergebnis ist ein überwältigendes Nein zu einer Fortsetzung des Konfliktes und eine positive Antwort zugunsten einer Rückkehr zu den grundlegenden Prinzipien des Genfer Abkommens, nunmehr verstärkt durch Garantien, daß sie von allen beteiligten Parteien auch wirklich respektiert werden.

In einer Hinsicht scheinen sich alle einig zu sein. Das südvietnamesische Volk muß selbst über seine Zukunft, seine Regierungsform und seine soziale Struktur entscheiden können. Die Möglichkeit, das ganze Land zu einen, muß offengehalten werden, so daß ein Beschluß darüber vom Volk selbst gefaßt werden kann. Die Schwierigkeit besteht, wie wir alle wissen, darin, Verhältnisse zu schaffen, die es gestatten, daß das Ergebnis einer Konsultation des Volkswillens von allen als der wahre Ausdruck dieses Willens anerkannt wird. Bei Anwesenheit ausländischer Truppen und unter Drohungen und Terror kann keine wirkliche Abstimmung mit glaubwürdigen Ergebnissen durchgeführt werden. Der Kernpunkt der Frage scheint mir zu sein, daß es der Nordseite schwerfällt, sich für Verhandlungen mit der Gegenpartei zu entscheiden, bevor sie an die Aufrichtigkeit der amerikanischen Erklärungen glauben kann, wonach diese gewillt sei, sich zurückzuziehen und die Neutralität Südvietnams zu respektieren, nachdem der Frieden wiederhergestellt sei. Den Amerikanern ihrerseits fällt es schwer, sich an einen Zeitplan für ihren Rückzug zu binden, ohne zuerst Garantien dafür zu gewinnen, daß das Volk in freien Formen und unter ordentlicher internationaler Überwachung seinen Willen äußern kann. Diesen bösen Kreis von Mißtrauen zu durchbrechen, darum geht es.

Was die konkreten Bedingungen dafür betrifft, wie eine solche Situation, in welcher Verhandlungen möglich sind, überhaupt zustandekommen kann, teilen wir die Gesichtspunkte, die bei wiederholten Gelegenheiten vom Generalsekretär vorgetragen worden sind. Zu allererst müssen die Bombenangriffe auf Nordvietnam aufhören. Es ist schwer für einen Gegner, zum Verhandlungstisch zu gehen, während er ständigen Angriffen aus der Luft ausgesetzt ist. Da eine Beendigung der Bombenangriffe der Schlüssel zu einer friedlichen Lösung sein kann, muß dieser Schlüssel noch einmal erprobt werden.

Sodann muß eine weitere Steigerung des Krieges vermieden und eine stufenweise Verminderung der Kriegsaktivität eingeleitet werden. Die Vereinigten Staaten haben sich angeboten, ihre Truppen zurückzuziehen, wenn andere ihre zurückziehen. Das ist ein Angebot, welches von allen ernsthaft erwogen werden muß. Wir sind schon lange der Ansicht, daß man als Einleitung oder Begleitung eines sinnvollen Dialogs zwischen den Parteien in einem bestimmten Stadium eine stufenweise Verminderung der militärischen Maßnahmen beginnen muß. Im Hinblick auf die besondere Natur dieses Krieges sei zugegeben, daß die Schwierigkeiten unerhört sind, wenn Forderungen nach exakter Symmetrie hinsichtlich Zeitpunkt und Anzahl erhoben werden. Ist es abwegig, in Erwägung zu ziehen, daß die Seite, die über eine klare zahlenmäßige Überlegenheit verfügt, den ersten Schritt macht? Ist es in diesem Fall abwegig, in Erwägung zu ziehen, daß von der anderen Seite ein Widerhall kommt?

Drittens ist offensichtlich, daß alle kämpfenden Parteien, somit auch die nationale Befreiungsfront, an den Verhandlungen teilnehmen müssen, wenn sie zu einer wahrhaften Lösung führen sollen.

Die wichtige Äußerung des Vertreters der Vereinigten Staaten in dieser Debatte ermuntert mich zu glauben, daß sich eine Lösung nach diesen Linien schließlich als innerhalb der Grenzen der Möglichkeiten liegend erweisen wird. Die USA haben ihrem Wunsch, den Konflikt zu beenden, Ausdruck gegeben. Wenn die vom Generalsekretär genannten Bedingungen erfüllt werden, wächst die Hoffnung, daß Frieden im Verein mit Freiheit einmal beim vietnamesischen Volk, das jetzt nur die Schrecken des Krieges kennt, einkehren wird. In seinem Interesse und im Interesse der ganzen Welt muß dieser grausame Krieg, den keine politischen oder ideologischen Ziele rechtfertigen können, ein Ende nehmen.

Es ist unvermeidlich, bei einer Diskussion über die Lage in Südostasien auch die Tatsache zu berühren, daß die Regierung der Volksrepublik China in den Vereinten Nationen nicht vertreten ist. Es kann nicht im Interesse der Vereinten Nationen liegen, daß einer Regierung, die während fast zweier Jahrzehnte das chinesische Festland regiert hat, nicht gestattet wird, den Sitz Chinas einzunehmen.

Ich gehe nunmehr dazu über, von der anderen drohenden Wolke zu sprechen, die den politischen Horizont verdunkelt, die Situation im südlichen Afrika. Wir stehen da vor einem Problemkomplex, der die Entwicklung in diesem gesamten Gebiet einschließt. Wenn das illegale Smithregime in Südrhodesien nicht mit Verständnis und Sympathie seitens der weißen Minderheit in Südafrika hätte rechnen können, hätte es wahrscheinlich keinen offenen Bruch mit der britischen Regierung riskiert. Hätte Portugal nicht Freunde in Pretoria gehabt, wären die Möglichkeiten, die Regierung in Lissabon zu überzeugen, daß ihre koloniale Politik einer vergangenen Epoche angehört, vielleicht größer gewesen. Wäre die südafrikanische Regierung in ihrer Rassenpolitik nicht so blind gewesen, hätte das Südwestafrikaproblem nicht eine tragische Zuspitzung zu erfahren brauchen.

Die Probleme im südlichen Afrika müssen der Reihe nach mit den zur Verfügung stehenden Mitteln angegriffen werden. Was zunächst Südrhodesien betrifft, ist es Schweden fremd, zur Gewalt zu ermuntern, um zu einer Lösung eines schweren Problems mit internationalen Aspekten zu gelangen. Dagegen können und wollen wir dafür wirken, daß die Waffe der Vereinten Nationen, die wirtschaftliche Sanktionen heißt, voll eingesetzt wird, was bis jetzt noch nicht geschehen ist.

Als der Sicherheitsrat Sanktionen gegen das Smithregime nach dessen illegaler Selbständigkeitserklärung empfahl, war es für meine Regierung selbstverständlich, dieser Empfehlung nachzukommen. Schweden brach alle Verbindungen mit dem Regime in Rhodesien unmittelbar ab. Diese unsere Reaktion beruhte auf unserer Überzeugung, daß die Waffe der Sanktionen mit Konsequenz angewendet werden müsse, wenn deren Einsatz Aussichten auf Erfolg bieten soll. Schweden hat es auch schon bei Beginn der Krise als motiviert betrachtet, die Lage in Rhodesien als eine Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit zu bezeichnen, somit als eine Lage, die Maßnahmen gemäß Kapitel VII der Satzung der Vereinten Nationen auslösen kann.

Die langsame Wirkung der Sanktionen hängt offensichtlich damit zusammen, daß die Empfehlung des Sicherheitsrates in großem Umfang von Südafrika und Portugal ignoriert und von einer Reihe anderer Nationen nicht mit wirklicher Konsequenz durchgeführt

wurde. Es erscheint recht aussichtslos, innerhalb angemessener Zeit befriedigende Ergebnisse zu erzielen, wenn man sich mit der gegenwärtigen Empfehlung von Sanktionen begnügt. Die schwedische Regierung hält deshalb an ihrer Auffassung fest, daß für den Sicherheitsrat im Falle Rhodesiens ausreichende Gründe vorliegen, Pflichtsanktionen zu beschließen.

Was Südwestafrika betrifft, vertritt die schwedische Regierung die Meinung, daß Südafrika durch seine Handlungen jedes Recht verwirkt hat, dieses Gebiet zu verwalten. Wir sind auch der Auffassung, daß nunmehr für die Vereinten Nationen die Zeit gekommen ist, das Mandat zu widerrufen. Wie die Vereinten Nationen danach handeln müssen, um die Verantwortung für das Gebiet in praktischer Form wahrzunehmen, bis das Volk sein Selbstbestimmungsrecht ausüben kann, ist nach unserer Auffassung eine Frage, die genau erwogen und studiert werden muß.

Der gemeinsame Nenner für alle Probleme im südlichen Afrika ist jedoch, worauf ich eben hinwies, die Rassenunterdrückung, welche die südafrikanische Regierung zu ihrem ersten Glaubenssatz erklärt hat. Während die ganze übrige Welt eingesehen hat, daß Gerechtigkeit und harmonische Verhältnisse zwischen Menschen verschiedener Rassen notwendig sind, glaubt man im südlichen Afrika die Reste der Kolonialpolitik früherer Jahrhunderte konservieren zu können. Wenn die Vereinten Nationen dieser Frage einen beherrschenden Platz auf ihrer Tagesordnung einräumen, geschieht es nicht nur, weil sie eine Quelle der Spannung und Unruhe in einem wichtigen Teil eines der Kontinente der Welt ist. Denn im Grunde steht etwas noch Bedeutsameres auf dem Spiel. Es geht um die zukünftigen Beziehungen zwischen verschiedenen Rassen in der ganzen Welt, einer Welt, in welcher die Bevölkerungsexplosion zu einer ständigen und raschen Vergrößerung der Kontaktflächen zwischen allen Rassen und Nationen führen wird.

Vor diesem Hintergrund ist meine Regierung der Ansicht, daß das Apartheidproblem als eine Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit zu betrachten ist. Schwedischerseits wollen wir deshalb noch einmal die Notwendigkeit unterstreichen, daß sich der Sicherheitsrat sobald wie möglich der Aufgabe annehme, eine Lösung zu suchen. Der Bericht des sog. Sanktionen-Ausschusses liegt nunmehr seit anderthalb Jahren vor. Es ist dringlich, diesen Bericht im Rat zur sachlichen Behandlung vorzunehmen. Es geht da vor allem um die Frage, wie man die wirtschaftlichen Lasten verteilen soll, die mit Sanktionsmaßnahmen verbunden sein und gewisse Länder besonders schwer treffen würden. Diesen Gedanken griff die schwedische Delegation bereits im Vorjahr auf. Ich glaube, daß, wenn die Vereinten Nationen immer besser in der Lage sein sollen, Bedrohungen des Friedens aus der Welt zu schaffen, man hier vor einer sehr zentralen Frage steht. Wir wissen, daß es sich hinsichtlich Südafrikas um große Werte handelt. Ich bin jedoch überzeugt, daß es durch internationales Zusammenwirken möglich wäre, die wirtschaftlichen Konsequenzen solidarisch zu meistern. Aus der Weltperspektive gesehen, können diese wirtschaftlichen Probleme nicht als unüberwindlich betrachtet werden.

Die Bemühungen der Vereinten Nationen um die Ausbildung und Hilfe für die Opfer der Apartheidpolitik verdienen die volle Unterstützung der Mitgliedstaaten. Wir sind schwedischerseits bereit, unsere Beiträge zu dieser Tätigkeit weiter zu leisten und zu erhöhen. Zusammen mit den übrigen nordischen Ländern werden wir auch Vorschläge vorlegen, die bezwecken, durch Koordination der verschiedenen Programme die Leistungen so wirksam wie möglich zu machen.

Wir sind erfreut, feststellen zu können, daß trotz der verstärkten internationalen Spannung, vor allem infolge des Vietnamkrieges, in Europa keine Klimaverschlechterung zu vermerken ist. Die politische Entwicklung ist gegenwärtig von einer größeren Beweglichkeit und immer lebhafteren Kontakten zwischen den Ländern, nicht zuletzt zwischen den ost- und westeuropäischen Völkern, geprägt. In Schweden betrachtet man diese Entwicklung als wertvoll und ermutigend.

Ein anderes Gebiet, auf welchem die Arbeit an der Entspannung fortgeführt wird, sind Abrüstung und kollektive Sicherheit. Im vergangenen Jahr nahm die Frage der Nichtweitergabe von Atomwaffen in der Genfer Konferenz die meiste Zeit und die größten Bemühungen in Anspruch. Die offene Hauptfrage, die Verfügung über Atomwaffen innerhalb militärischer Bündnisse, ist ungelöst geblieben, obwohl die Standpunkte sehr viel klarer geworden sind. Wir hoffen, daß hier Fortschritte möglich sind, vielleicht bereits auf dieser Tagung.

Die bündnisfreien Delegationen in Genf haben ihre Bemühungen auf gewisse andere Teilmaßnahmen konzentriert, die von Bedeutung sein können, die Weiterverbreitung von Kernwaffen durch nationale Produktion zu verhindern, gleichzeitig den Kernwaffenmächten gewisse Verpflichtungen aufzuerlegen. Die nationale Herstellung von Kernwaffen könnte natürlich durch ein Teststoppabkommen, das alle Formen von Kernwaffentests umfaßte, und durch ein Verbot der Produktion spaltbaren Materials für Waffenzwecke unmöglich gemacht werden.

Für ein vollständiges Teststoppabkommen ist viel Vorbereitungsarbeit geleistet worden. Mein Land hat mit sieben anderen kernwaffenlosen Ländern zusammengearbeitet, um zu einem internationalen Austausch seismologischer Daten zu gelangen. Dieser Austausch kann, wie wie wir glauben, von Bedeutung sein, wenn es gilt, ein vollständiges Teststoppverbot zu erreichen.

Mit Enttäuschung haben wir vermerkt, daß die Genfer Konferenz auch in diesem Jahr nicht über konkrete Fortschritte berichten kann. Es ist jedoch unsere Überzeugung, daß die Verhandlungen einen Wert haben, und zwar einmal als Forum für technische Vorbereitungen von Abkommen, sodann als ein Instrument, um die Großmächte an ihre besondere Verantwortung zu erinnern. Wir sind also der Ansicht, daß der Auftrag an die Konferenz erneuert werden soll.

Nur zwei Atombomben wurden jemals im Krieg eingesetzt. Die Erinnerung an diese Ereignisse ist immer noch stark. Aber mit der Zeit, wenn eine neue Generation aufwächst, kann eine Tendenz aufkommen, die Schrecken eines Kernwaffenkrieges zu vergessen oder zu unterschätzen. Um was für eine Gefahr, die uns bedroht, es sich wirklich handelt, muß bekannt und begriffen werden. Wir meinen deshalb, daß der Generalsekretär klug handelte, als er vorschlug, Bedeutung und Wirkung von Kernwaffen vor dem Hintergrund der raschen Entwicklung der modernen Technik einem umfassenden Studium zu unterziehen.

Ich möchte auch mit einigen wenigen Worten die Frage der friedenserhaltenden Operationen besonders berühren. Der Ausschuß, der im vorigen Jahr eingesetzt wurde, um die ganze Frage zu behandeln, ist zu keinem Ergebnis gekommen. Die Verhandlungen im Ausschuß spiegelten ein gewisses Maß an Apathie und jedenfalls eine große Unschlüssigkeit bei den kleineren Mächten wider, in Fragen, in denen die Großmächte verschiedener Meinung sind, einen Standpunkt zu beziehen. Dies alles ist in der Tat eine Quelle der Enttäuschung. Es ist die Auffassung der schwedischen Regierung, daß die Generalversammlung und auch andere Organe der Vereinten Nationen der Frage eine eingehende und kontinuierliche Aufmerksamkeit widmen und neue Versuche unternommen werden müssen, um die Fähigkeit der Vereinten Nationen, aktiv im Interesse des Friedens zu wirken, zu verbessern. Der Zeitpunkt und die Form für solche Versuche müssen genau erwogen werden. Am wichtigsten ist vor allem, daß nichts getan wird, das im Verhältnis zu der Erfahrung, die gesammelt worden ist, und zu der Praxis, die sich während vieler Jahre entwickelt hat, einen Rückschritt bedeutet. Wenn wir erkennen ließen, daß neue friedenserhaltende Operationen nicht möglich oder auch nur nicht wünschenswert wären, hätten wir unsere Organisation eines der wertvollsten Instrumente zur Förderung der Sache des Friedens beraubt. Insbesondere die kleineren Staaten hätten Anlaß, eine solche Entwicklung zu bedauern.

Sollen die Vereinten Nationen auf allen Gebieten - nicht zuletzt die friedenserhaltenden Operationen - zu einem wirksam funktionierenden Instrument werden, ist das Amt des Generalsekretärs von vitaler Bedeutung. Wir haben den Vorteil, auf diesem Posten einen Mann von seltener Geschicklichkeit und tiefer Weisheit zu haben, der die Achtung und Ergebenheit aller genießt. Die schwedische Regierung hegt die lebhafte Hoffnung, daß sich U Thant in der Lage sehen wird - und daß alle Mitgliedstaaten mitwirken, es ihm zu ermöglichen -, weiterhin auf seinem Posten zu bleiben.

In der Diskussion über die Tätigkeit der Vereinten Nationen richtet sich die allgemeine Aufmerksamkeit leicht auf die dramatischeren Angelegenheiten. Gleichzeitig besteht jedoch die Tatsache, daß vier Fünftel der Beamten der Familie der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung tätig sind und daß der weitaus überwiegende Anteil der finanziellen Beiträge der Mitgliedstaaten an die Familie der Vereinten Nationen dieser Arbeit zugute kommt. So soll es auch sein. Die Kluft im Lebensstandard zwischen reicheren und ärmeren Ländern erweitert sich in rascherem Tempo als je. Die Bevölkerungsexplosion in weiten Teilen der Welt droht alle Bemühungen, das Pro-Kopf-Einkommen auch nur in bescheidenem Umfang zu heben, zunichte zu machen. Es ist von vitaler Bedeutung, den Entwicklungsländern zu helfen, jenen Punkt zu erreichen, von dem an sie für sich selbst sorgen können.

Es wird oft gesagt, die Vereinten Nationen befänden sich gerade jetzt in einer Krise. Das ist zu einem Teil richtig. Unsere Organisation steht wirklich vor gigantischen und fast übermenschlichen Aufgaben. Wir müssen Maßnahmen ergreifen, um die Entwicklung im südlichen Afrika, die in einen Rassenkrieg überzugehen droht, zum Stillstand zu bringen. Wir müssen die Vernichtungswaffen, deren Anwendung das Ende unserer menschlichen Zivilisation bedeuten kann, in unsere Kontrolle bringen. Wir müssen endlich den Weg der Abrüstung beschreiten und unsere Bemühungen statt dessen auf eine Weltwirtschaft richten, die allen Völkern der Erde ein erträgliches und menschenwürdiges Dasein ermöglicht. Wir müssen heute vor allem zu einer friedlichen Lösung des Vietnamkonfliktes beitragen, der die Möglichkeiten, Fortschritte

auf anderen Gebieten zu machen, beschränkt und lähmt. Wir müssen die friedensbewahrende Fähigkeit der Vereinten Nationen erhalten. Das sind schwindelerregend große Aufgaben, und es gibt Augenblicke in der Geschichte, da die ganze Entwicklung auf einigen wenigen Würfelwürfen beruhen kann. Größer und schwerer denn je ist die Bürde der Verantwortung jener Staatsmänner, die im Innern und nach außen für die Sicherheit der Völker verantwortlich sein sollen. Wenn es auch nicht möglich ist, diese Probleme in naher Zukunft zu meistern, braucht dies nicht zu bedeuten, daß sich die Vereinten Nationen mitten in einer Krise befinden. Die wirkliche Krise kommt an jenem Tag, da wir solche Fragen nicht mehr diskutieren. Solange sich die Mitgliedstaaten, große und kleine, der Vereinten Nationen bedienen, um zu beraten und gemeinsam zu handeln, lebt die Hoffnung, daß sich unsere Organisation schrittweise zu einem entscheidenden Friedensfaktor entwickeln wird.

Wortlaut der Rede des österreichischen Außenministers Dr. Lujo Toncic-Sorinj vor der Vollversammlung am 5. Oktober 1966

Herr Präsident, ich möchte Ihnen zunächst zu Ihrer Wahl zum Präsidenten der XXI. Generalversammlung gratulieren. Die überwältigende Unterstützung, die Sie hierbei erhalten haben, legt Zeugnis ab für die hohe Wertschätzung, derer Sie sich erfreuen. Wir können uns glücklich schätzen, als unseren Präsidenten einen der erfahrensten Diplomaten der Vereinten Nationen zu haben, der seinem Land durch viele Jahre hindurch gedient hat und der bei zahlreichen Gelegenheiten seine diplomatischen Fähigkeiten und persönliche Einsatzbereitschaft für die hohen Ziele der Vereinten Nationen unter Beweis gestellt hat. Es ist mir daher eine große Genugtuung, in Ihnen zugleich den hervorragenden Vertreter eines Landes zu begrüßen, mit dem Österreich enge und freundschaftliche Beziehungen unterhält.

Ich möchte diese Gelegenheit auch benützen, Guyana als neues Mitglied der Vereinten Nationen zu begrüßen und meiner Hoffnung Ausdruck zu verleihen, daß Guyana in Kürze andere unabhängige Nationen folgen werden. Dieser Prozeß stellt einen bedeutenden Schritt in Richtung auf die Universalität sowie ein Glaubensbekenntnis seitens der neuen unabhängigen Staaten an die Rolle und Ziele der Vereinten Nationen dar. In diesem Zusammenhang möchte ich ferner meiner Befriedigung darüber Ausdruck verleihen, daß Indonesien, eines der größten und volkreichsten Länder der Erde, seine Mitarbeit in den Vereinten Nationen wieder in vollem Umfang aufgenommen hat, was für uns alle von großem Vorteil ist.

Die XXI. Generalversammlung tritt in einer Atmosphäre der Spannung zusammen. Die Welt ist in Auseinandersetzungen befangen, die ihren Ursprung haben in der Durchsetzung politischer Ideologien, in der wirtschaftlichen, sozialen und bildungsmäßigen Ungleichheit zwischen reichen und armen Nationen, in ungelösten Problemen bezüglich der Durchführung der Deklaration über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker und schließlich in der Verweigerung der Menschenrechte.

Der Umstand, daß unser Generalsekretär gerade zu diesem Zeitpunkt mitteilt, daß er sich nicht für eine weitere Amtszeit anbietet, löst unter den Mitgliedstaaten dieser Organisation ein Gefühl der Unsicherheit und Besorgnis aus. Ich möchte bei dieser Gelegenheit die Wertschätzung meiner Regierung für die außerordentlichen Dienste U Thants zum Ausdruck bringen, die dieser den Vereinten Nationen und der Sache des Friedens erwiesen hat. Wir bewundern seinen unbeugsamen Glauben an die Ideale und Grundsätze der Satzung und seine Objektivität und Geduld in der Ausübung seines schwierigen Amtes. Die eindrucksvollen Appelle, die in den vergangenen Wochen von allen Seiten an ihn gerichtet wurden, sind ein lebendiges Zeugnis für die hohe Wertschätzung, deren er sich erfreut, und für das Vertrauen, das ihm entgegengebracht wird. Meine Delegation schließt sich anderen an, die der Hoffnung Ausdruck verliehen haben, daß U Thant sich zu einer Änderung seiner Meinung bereitfindet, so daß wir nicht gezwungen sind, auf seine Erfahrung, seine Einsatzbereitschaft und seine Klugheit zu verzichten, die uns in der Vergangenheit geleitet haben.

Die Tatsache, daß diese Organisation nicht in der Lage war, viele der Probleme, mit denen sie seit ihrer Gründung konfrontiert war, zu lösen, beeinträchtigt unserer Meinung nach nicht die potentielle Rolle, welche die Vereinten Nationen übernehmen können und müssen, um den Frieden zu sichern und wesentliche Fortschritte für die Besserstellung der Menschheit zu erreichen. Wir müssen uns jedoch darüber im klaren sein, daß die Vereinten Nationen nur dann ihren Zweck erfüllen können, wenn die Mitgliedstaaten dieser Organisation willens sind, im Rahmen der Charta zusammenzuarbeiten. Die Großmächte, welche so entscheidend zu der Entstehung dieser Organisation im Jahre 1945 beigetragen haben, tragen gemäß der Charta, die sie selbst angenommen haben, eine schwere Verantwortung für die Zukunft der Vereinten Nationen. Die Natur der Probleme, mit denen sich die Organisation zu befassen hat, erfordert in zunehmendem Maße das übereinstimmende Zusammenwirken aller Länder.

Ich möchte mich nun in meinen Ausführungen auf einige der wesentlichen Probleme beziehen, denen wir uns gegenwärtig gegenübersehen.

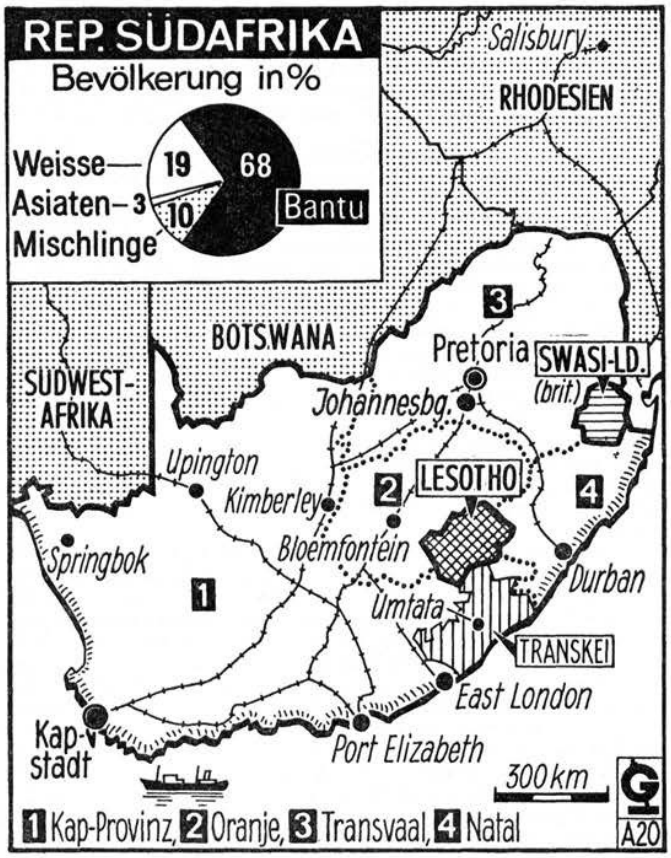
Der Krieg in Vietnam ist zu einer Angelegenheit großer Sorge für alle Regierungen und moralischen Instanzen in der Welt geworden. Abgesehen vom tragischen menschlichen Leiden, welches dieser Krieg der Bevölkerung von Vietnam auferlegt, stellt er eine ernste Gefahr für den Weltfrieden dar. Es ist daher unbedingt erforderlich, daß wir eine politische Lösung suchen, bevor es hierfür zu spät ist und bevor der ständig wachsende Einsatz an Macht und Prestige alle Möglichkeiten für Verhandlungen abschneidet.

Es ist von größter Wichtigkeit, daß eine weitere Steigerung und Ausdehnung des Konfliktes verhindert wird und daß alle Anstrengungen unternommen werden, um ein Ende der Kampfhandlungen herbeizuführen und eine Lösung anzustreben, welche die berechtigten Interessen aller am Konflikt beteiligten Parteien berücksichtigt und dem Willen des vietnamesischen Volkes entspricht.

Abgesehen von Vietnam gibt es in der Welt auch andere ungelöste Probleme, die den Frieden in den betroffenen Regionen gefährden und eine potentielle Gefahr für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens darstellen. Es ist daher von vitaler Bedeutung, daß wir die friedenserhaltende Rolle der Vereinten Nationen stärken. Wir bedauern, daß der Sonderausschuß für Friedensoperationen, der 1965 so wirksam zu der Beseitigung einer der ernsteten Krisen der Vereinten Nationen beigetragen hat, dieses Jahr keinen weiteren Fortschritt erzielen konnte.

Derzeit gibt es nur wenige Mitgliedstaaten, welche die Bürde von Friedensoperationen zu tragen haben. Das Beispiel Zypern beweist, wie schwierig, wenn nicht unmöglich es ist, den Einsatz von Kontingenten zu beenden. Mein Land hat in der Vergangenheit die Friedensoperationen der Vereinten Nationen nicht nur finanziell unterstützt, sondern aktiv daran teilgenommen. Österreich unterhält derzeit ein Sanitäts- und ein Polizeikontingent in Zypern. Um den Mechanismus der Friedensoperationen der Vereinten Nationen zu stärken, hat das österreichische Parlament vor kurzem ein Gesetz verabschiedet, das es erlaubt, internationalen Organisationen oder dem Internationalen Roten Kreuz auch militärische Einheiten zur Verfügung zu stellen.

Die gegenwärtig noch tagende 21. Vollversammlung hat der Südafrikanischen Union durch einen Beschluß vom 27. Oktober 1966 das ihr vom Völkerbund übertragene Mandat über die ehemalige deutsche Kolonie Südwestafrika vor allem wegen der Einführung der Apartheidpolitik in dieses Gebiet entzogen. (Siehe S. 175 ff. und A/RES/2145 (XXI) S. 208.)



So sehr wir bereit sind, die Tätigkeit der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Friedensoperationen auch weiterhin zu unterstützen, müssen wir doch die Notwendigkeit betonen, daß eine befriedigende Regelung dieser wichtigen Frage gefunden wird. Als Mitglied des 33er-Ausschusses kennen wir die Schwierigkeiten, die in diesem Zusammenhang entstanden sind, und wir sind daher überzeugt, daß nur eine realistische, vorsichtige und gleichzeitig pragmatische Einstellung zu diesen Problemen zu einer Überwindung der noch bestehenden Hindernisse führen kann. Meine Regierung vertritt die Ansicht, daß wir die gegenseitigen Kompetenzen des Sicherheitsrates und der Generalversammlung berücksichtigen und eine Lösung finden müssen, welche auf dem Grundsatz der kollektiven Verantwortung aller Mitgliedstaaten beruht.

Es besteht kein Zweifel, daß die primäre Verantwortung für den Weltfrieden dem Sicherheitsrat anheimfällt, und zwar im Einklang mit Artikel 24 der Satzung. Bei der Ausarbeitung der Satzung war man sich darüber einig, daß Beschlüsse über Angelegenheiten des Weltfriedens vom Sicherheitsrat auf der Grundlage des Einstimmigkeitsprinzipes seiner Ständigen Mitglieder gefaßt werden sollen. Diese grundsätzliche Erwägung ging davon aus, daß Friedensoperationen nur dann durchgeführt werden können, wenn die Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates solchen Maßnahmen zustimmen oder zumindestens keinen Einwand dagegen erheben. Wir sind daher der Auffassung, daß dem Sicherheitsrat die primäre Verantwortung für den Weltfrieden zukommt, möchten jedoch betonen, daß wir auch die untergeordneten Funktionen der Generalversammlung gemäß Artikel 10 bis 17 der Satzung anerkennen.

Im Hinblick auf die diesbezüglichen noch ungelösten Probleme glauben wir, daß wir nur mit größter Vorsicht vorgehen sollten. Versuche, eine Entscheidung zu erzwingen, könnten die bereits bestehende Kluft zwischen den verschiedenen Standpunkten nur noch vertiefen und sollten daher vermieden werden. Das bedeutet jedoch nicht, daß wir darauf verzichten sollten, eine tragbare Lösung für zukünftige Friedensoperationen zu finden. In unseren diesbezüglichen Bestrebungen müssen wir uns jedoch davon leiten lassen, was wünschenswert und gleichzeitig möglich ist.

Mit dem Problem der Friedenserhaltung ist auch die Frage der finanziellen Situation der Vereinten Nationen eng verbunden. Meine Regierung begrüßt in diesem Zusammenhang die von Frankreich ergriffene Initiative, die administrativen und finanziellen Aspekte der Vereinten Nationen und Sonderorganisationen zu untersuchen. Wir hoffen, daß die vom Ad-hoc-Expertenkomitee ausgearbeitete Studie eine endgültige Regelung der finanziellen Schwierigkeiten der Vereinten Nationen ermöglichen wird.

Die Erfahrungen, die diese Organisation während 20 Jahren sammeln konnte, zeigt deutlich, daß friedenserhaltende Operationen nicht den Kern der Konflikte beseitigen, auf die sie sich beziehen. In vielen Fällen war es uns möglich, die Kampfhandlungen einzudämmen, aber es gelang uns nicht, die Wurzeln des Problems zu beseitigen und damit eine dauernde und gerechte Lösung sowohl im Interesse der betroffenen Parteien als auch im Interesse der internationalen Gemeinschaft herbeizuführen. Es erscheint daher wünschenswert, die Möglichkeiten zu studieren, die sich für eine friedliche Beilegung von Streitigkeiten durch eine praktische Anwendung der in der Charta vorgesehenen Mittel bieten.

Eine Reihe von Sprechern bezeichnete das Problem der Abrüstung als die wichtigste Frage unserer Zeit. Ich teile diese Ansicht vollauf. Wie in vergangenen Jahren hat die Genfer Abrüstungskonferenz auch heuer die Abrüstungsfragen eingehend diskutiert, wobei gemäß den einschlägigen Resolutionen der XX. Generalversammlung das Hauptaugenmerk auf die Verhinderung der Weiterverbreitung von Atomwaffen und auf das Verbot der unterirdischen Atomwaffenversuche gelegt wurde. Wir haben die Genfer Verhandlungen genau verfolgt und sorgfältig die Diskussionen vermerkt, die anläßlich der letzten Generalkonferenz der Internationalen Atomenergie-Organisation in Wien stattgefunden haben.

Trotz der Hoffnungen, die in die Genfer Verhandlungen gesetzt worden waren, konnte die Abrüstungskonferenz keine konkreten Resultate erzielen. Es besteht jedoch das weitverbreitete Gefühl, daß die einschlägigen Fragen soweit abgeklärt und definiert werden konnten, daß ein Abkommen über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, über die Einstellung der unterirdischen Atomwaffenversuche oder über beide Fragen rasch abgeschlossen werden könnte, wenn die Atommächte bereit wären, die hierfür notwendigen politischen Entscheidungen zu treffen.

Die Zeit drängt jedoch, eine Tatsache, die insbesondere für den Abschluß eines Vertrages bezüglich der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen zutrifft. Wenn ich auch die Ansicht jener Delegationen teile, die behaupten, daß ein Abkommen über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen in seiner praktischen und politischen Bedeutung ohne ein gleichzeitiges Abkommen über die Einstellung der Produktion spaltbaren Materials und ein Verbot aller oder eines Teiles der unterirdischen Atomwaffenversuche auf schwachen Füßen stehe, so ist es meine Überzeugung, daß wir den Abschluß eines Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen nicht durch Bedingungen technischer oder politischer Natur verzögern sollten. Sollte es uns nicht gelingen, der Weiterverbreitung nuklearer Waffen Einhalt zu gebieten, dürften wir uns binnen kurzem einer neuen Runde des Wettrüstens gegenübersehen, und zwar sowohl im offensiven als auch im defensiven Bereich, eine Entwicklung, die dem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt abträglich wäre.

Unter Bezugnahme auf den Abschluß eines Abkommens über das Verbot aller Atomwaffenversuche weiß meine Regierung die Bemühungen der acht blockfreien Mitglieder der Genfer Abrüstungskonferenz zu schätzen, welche eine Reihe Möglichkeiten für ein sofortiges oder stufenweises Verbot aller unterirdischen Atomwaffenversuche aufgezeigt haben. In diesem Zusammenhang möchte ich besonders die interessanten Vorschläge der schwedischen Delegation unterstützen und meiner Hoffnung Ausdruck verleihen, daß es möglich sein wird, in nächster Zukunft eine befriedigende Kompromißlösung zu finden.

Wie auf dem Gebiet der Abrüstung, so betonte meine Regierung bei verschiedenen Gelegenheiten, daß wir nicht hinter dem außerordentlichen technologischen Fortschritt, welcher in der Erforschung und Nutzung des Weltraumes erzielt wurde, nachhinken dürfen, und wir daher versuchen sollten, rechtzeitig die nötigen rechtlichen und politischen Maßnahmen zu ergreifen, damit das Wettrüsten durch die Weltraumtechnik neue Dimensionen erhält.

Die seitens der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion unterbreiteten konkreten Vorschläge, die darauf abzielen, im Rahmen der Vereinten Nationen einen internationalen Vertrag abzuschließen, der die Tätigkeit der Staaten in der Erforschung und Nutzung des Weltraumes, einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper, regeln soll, stellt ohne Zweifel einen bedeutenden und konstruktiven Schritt für die Ausarbeitung und Annahme international verbindlicher Rechtsgrundsätze dar. Diese Vorschläge sind geeignet, im Weltraum eine Rechtsordnung zu schaffen, die im vorhinein die mit Wahrscheinlichkeit zu erwartenden politischen Reibungsflächen zwischen den Weltraummächten beseitigen und ein theoretisch unbegrenztes Betätigungsfeld eröffnen, welches zum Nutzen der Menschheit ausgewertet werden könnte.

Wir stellen mit Genugtuung fest, daß bereits über eine Anzahl von Schlüsselbestimmungen eines solchen Vertrages Übereinstimmung der Ansichten besteht. Einige Fragen sind jedoch weiterhin ungelöst, und ich möchte meiner aufrichtigen Hoffnung Ausdruck geben, daß es während der XXI. Generalversammlung möglich sein sollte, die bestehenden Schwierigkeiten zu überwinden. Ich bin daher der Überzeugung, daß politische Weisheit schließlich den Sieg davontragen und daß der wissenschaftliche und technische Fortschritt auf dem Gebiet des Weltraumes ein Gegenstück auf dem rechtlichen und politischen Sektor finden wird, wodurch ein Großraum des Friedens geschaffen würde, der - wie wir es alle hoffen - von direkter Bedeutung für andere Bereiche und insbesondere für die allgemeine und vollständige Abrüstung sein könnte.

In diesem Zusammenhang begrüße ich die jüngste, einstimmige Entscheidung der Weltraumkommission der Vereinten Nationen, welche die Einberufung einer internationalen Konferenz über die friedliche Nutzung des Weltraumes für September 1967 beschlossen hat. Meine Regierung ist überzeugt, daß die vielschichtigen Möglichkeiten einer Anwendung des wissenschaftlichen Fortschrittes auf dem Gebiet des Weltraumes verheißungsvolle Aussichten für Weltraummächte und Nicht-Weltraummächte eröffnen. Künstliche Satelliten zum Zwecke der Nachrichtenübertragung, der Meteorologie und Navigation könnnen nur dann mit Erfolg eingesetzt werden, wenn dies auf einer globalen und weltweiten Basis geschieht. Es ist dies ein Gebiet, welches seiner Natur nach eine weitgehende internationale Zusammenarbeit erfordert. Österreich hat daher mit größter Bereitwilligkeit die Einladung ausgesprochen, diese Konferenz in Wien abzuhalten, und ich kann Ihnen versichern, daß meine Regierung alles in ihrer Kraft Stehende unternehmen wird, um dieser Konferenz zu einem Erfolg zu verhelfen.

Herr Präsident, die Situation im südlichen Teil Afrikas wirft eine Reihe menschlicher, sozialer, politischer und rechtlicher Fragen auf, die nicht nur für afrikanische Staaten von vitaler Bedeutung sind, sondern die in gleicher Weise an das Gewissen aller Nationen der Welt appellieren. Österreich, welches die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte unterzeichnet und sich im vorhinein der Zuständigkeit und Jurisdiktion des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes unterworfen hat, verlangt, daß wir ohne weitere Verzögerung alle Maßnahmen ergreifen, um die volle Verwirklichung der hohen Ideen und Prinzipien der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte auf der ganzen Welt und im besonderen im südlichen Afrika sicherstellen.

Meine Regierung weigerte sich, die einseitige Unabhängigkeitserklärung der Minderheitsregierung in Rhodesien anzu-

erkennen, und betrachtet Südwestafrika als ein unselbständiges Territorium, auf welches das Prinzip der Selbstbestimmung volle Anwendung findet. Wir verfolgen daher die Debatte über Südwestafrika mit besonderer Aufmerksamkeit und hoffen, daß es möglich sein wird, eine Lösung zu finden, die mit allen internationalen Abmachungen über dieses Gebiet und besonders mit den Wünschen seiner Einwohner in Einklang steht.

Bezugnehmend auf die in Europa fortbestehenden politischen Probleme möchte ich die Entschlossenheit der österreichischen Regierung wiederholen, ihr möglichstes zu einer Stabilisierung des Friedens in dieser Region beizutragen und unermüdlich in Richtung einer weiteren Besserung der gutnachbarlichen Beziehungen mit allen Ländern ohne Unterschied ihrer politischen oder sozialen Systeme zu arbeiten.

Österreich ist ein neutrales Land an der Grenze zwischen den zwei großen Militärallianzen des Ostens und des Westens. Es ist ein neutrales Land, aber ich möchte betonen, daß es aufgrund seiner Geschichte und Kultur, und vor allem aufgrund des eindeutig und wiederholt zum Ausdruck gebrachten Willens seiner Bevölkerung, der Familie der westeuropäischen Demokratien zugehört. Wir haben mit unseren zahlreichen Nachbarn, die verschiedenen sozialen und politischen Systemen angehören, hunderte Kilometer gemeinsamer Grenzen. Es ist der Kern unserer Außenpolitik, mit allen diesen Staaten, unabhängig von ihren sozialen und politischen Systemen, gutnachbarliche Beziehungen nicht nur zu erhalten, sondern ständig zu verbessern.

Es erfüllt uns daher mit großer Befriedigung, daß in Europa ein erfreulicher Trend in Richtung größerer politischer Stabilität feststellbar ist. Trotzdem kann eine vollständige Stabilität in Europa nur dann erreicht werden, wenn die deutsche Frage eine friedliche Lösung gefunden hat.

Herr Präsident, ich möchte nun über die Bemühungen sprechen, die seit Jahren im Gange sind, um den Disput zwischen Österreich und Italien über die Durchführung des Pariser Abkommens vom 5. September 1946 über Südtirol aus der Welt zu schaffen. Der historische Hintergrund des Pariser Abkommens wurde in seiner gesamten Problematik vor der Generalversammlung in den Jahren 1960 und 1961 ausführlich diskutiert. Gegenstand der Auseinandersetzung ist die Durchführung des in dem erwähnten Abkommen vorgesehenen Systems, wonach »den deutschsprachigen Einwohnern der Provinz Bozen und der benachbarten zweisprachigen Ortschaften der Provinz Trient volle Gleichberechtigung mit den italienischsprachigen Einwohnern im Rahmen besonderer Maßnahmen zum Schutz des Volkscharakters und der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung des deutschsprachigen Bevölkerungsteils zugesichert werden« soll.

Mit ihrer Resolution 1497 (XV) vom 31. Oktober 1960 betreffend den Status des deutschsprachigen Bevölkerungsteils der Provinz Bozen hat die Generalversammlung Österreich und Italien dringend empfohlen, eine Lösung aller diesbezüglichen Differenzen durch Wiederaufnahme der Verhandlungen zu finden.

Mit ihrer Resolution 1661 (XVI) vom 28. November 1961 hat die Generalversammlung mit Befriedigung von der Wiederaufnahme der Verhandlungen Kenntnis genommen und ihre Resolution aus 1960 bestätigt.

Wie der österreichische Außenminister vor Jahresfrist von dieser Stelle aus der XX. Generalversammlung berichten konnte, ist in den Verhandlungen, die in Ausführung der erwähnten Resolution geführt wurden, ein schrittweiser Abbau der Gegensätze erfolgt, der die Erfolgsaussichten für eine Beendigung des Streites, besonders um die Jahreswende 1964/65, in einem günstigen Lichte erscheinen ließ.

Die Verhandlungen dieses Jahres konzentrierten sich darauf, noch offen gebliebene Fragen mit dem Ziel zu bereinigen, eine wirksame und international garantierte Selbstverwaltung für die Minderheit zu schaffen. Beträchtliche Fortschritte sind erzielt worden; einige wesentliche Punkte harren jedoch noch der Klärung.

Ich würde mich besonders freuen, wenn ich der Generalversammlung das Zustandekommen eines solchen Arrangements, das auch eine Vertiefung des Vertrauens zwischen beiden Volksgruppen zur Folge hätte, berichten und die Mitteilung machen könnte, daß das Österreich und Italien in den vorerwähnten Resolutionen erteilte Mandat erfüllt worden ist. Auf keinen Fall kann dieses Problem mit den Mitteln der Gewalt, die wir stets verurteilt haben, gelöst werden.

Österreich liegt die Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Staaten besonders am Herzen. Mein Land weiß es daher zu schätzen, daß die XV. und XVI. Generalversammlung sich ausführlich mit der gegenständlichen Streitfrage befaßt hat, durch deren Bereinigung auch dem in der Resolution 1497 (XV) ausgedrückten Wunsch der Generalversammlung - »es möge verhindert werden, daß die durch diesen Streit entstandene Situation eine Beeinträchtigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten mit sich bringe« - entsprochen würde.

Aufgrund der von unserem Verhandlungspartner wiederholt zum Ausdruck gebrachten Äußerungen des guten Willens habe ich die Zuversicht, daß auch seinerseits alle Anstrengungen unternommen werden, um die noch bestehenden letzten Schwierigkeiten zu beseitigen. Unter dieser Voraussetzung besteht sicherlich Hoffnung, daß der gegenständliche Streitfall in naher Zukunft beigelegt und der Minderheit jenes Gefühl der Sicherheit ihrer Situation gegeben wird, das letzten Endes seine Verankerung in den hohen Idealen und Zielen unserer Organisation für die gesamte Menschheit findet.

In diesem Stadium möchte ich einige Worte in meiner Eigenschaft als Präsident des Ministerrates des Europarates sagen:

Ich freute mich wirklich sehr, daß ich im vergangenen Mai den Generalsekretär der Vereinten Nationen im Europarat begrüßen konnte, wo er eine äußerst eindrucksvolle Rede vor der Beratenden Versammlung des Europarates hielt.

U Thant fand dabei die richtigen Worte, um dieser Versammlung europäischer Parlamentarier die neue Verantwortung Europas in der sich rasch fortentwickelnden Welt ins Bewußtsein zu rufen. Es freut mich, berichten zu können, daß dieser Besuch einen großen Erfolg darstellte und dem Europarat helfen wird, seine Tätigkeit so auszurichten, daß er einen nützlichen Beitrag zur Verwirklichung der Ziele der Vereinten Nationen leisten kann.

Generalsekretär U Thant brachte vor der Beratenden Versammlung in Straßburg die Meinung zum Ausdruck, daß die regionalen Organisationen während der letzten Jahre zusehends als komplimentäre Institutionen der Weltorganisation und nicht als Substitute hervorgetreten sind, so daß er den Moment herbeiwünsche, wo diese regionalen Organisationen sich zu Pfeilern entwickeln, auf denen der weitere Aufbau der Weltordnung erfolgen kann.

Ich war daher sehr befriedigt, daß der Herr Generalsekretär diese Ansichten in der Einführung zu seinem Jahresbericht an die Generalversammlung wiederholt und die Abfassung einer Studie angeregt hat, welche die Arbeiten der Regionalorganisationen im Lichte ihrer Satzungen untersuchen soll. Ich unterstütze diesen Vorschlag um so lieber, als ich überzeugt bin, daß eine derartige Studie, die das ganze Arbeitsgebiet der Regionalorganisationen umfassen sollte, zu einem rationelleren System der internationalen Zusammenarbeit und zu engeren Beziehungen zwischen den regionalen Organisationen, den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen führen könnte. Vom Gesichtspunkt des Europarates wird eine derartige Studie jedenfalls begrüßt.

Meine Regierung begrüßt daher die Tätigkeit der regionalen Organisationen in Afrika, Lateinamerika und Asien, welche zweifellos das ihre dazu beitragen, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Ziele zu verwirklichen.

Herr Präsident, in einer ständig kleiner werdenden Welt wächst das Gefühl der gegenseitigen Abhängigkeit, und zwar nicht nur wegen der uns allen gemeinsam bedrohenden Gefahren, sondern auch im Hinblick auf das Gefühl, daß die gemeinsame Aufgabe, eine bessere und friedliche Welt aufzubauen, nur dann verwirklicht werden kann, wenn alle Nationen den Willen zur Solidarität bekunden. Die reichen Nationen sollen die armen Nationen bei der Überwindung des wachsenden wirtschaftlichen Ungleichgewichtes in der Welt unterstützen. Die Bemühungen der gesamten Welt, den neu entstandenen Staaten bei ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zu helfen, dürfen keine Verminderung erfahren.

Österreich ist bereit, im Rahmen seiner begrenzten Möglichkeiten neue Anstrengungen in dieser Richtung zu unternehmen, und beabsichtigt daher, eine wesentliche Erhöhung seiner Beiträge zum UN-Entwicklungsprogramm vorzunehmen. In diesem Sinne begrüßen wir auch die Errichtung der Asiatischen Entwicklungsbank, zu welcher Österreich ebenfalls einen Beitrag geleistet hat.

Finanzielle Unterstützung ist jedoch nicht alles, was die Entwicklungsländer benötigen. Es besteht ein Bedarf an neuen Ideen und Initiativen sowie an dem ernsten Willen, Mittel und Wege für eine Stärkung und Ausweitung echter internationaler Zusammenarbeit zu finden.

Mit diesem Ziele vor Augen wurden im Rahmen der UN-Entwicklungsdekade - die leider weiterhin die ihr gesteckten Ziele nicht erreichte - Maßnahmen gefördert, die eine bessere organisatorische Ausstattung der Vereinten Nationen bezwecken: So entstanden die UN-Welthandelskonferenz, das UN-Entwicklungsprogramm und die UN-Organisation für Industrielle Entwicklung.

Während der vergangenen zwei Jahre seit der Gründung der UNCTAD (UN-Welthandelskonferenz) haben wir in unserem Land die Basis für die Durchführung der Ziele und Aufgaben der Welthandelskonferenz gelegt. Wir haben echtes Verständnis, Interesse und ein Gefühl der Verantwortung gegenüber den Problemen der Entwicklungsländer geweckt, welches für eine demokratische Regierung unerläßlich ist, um die notwendigen legislativen Maßnahmen und praktischen Schritte einleiten zu können. Während die Schwierigkeiten, denen sich die Entwicklungsländer gegenübersehen, natürlich schon vor dem Zusammentreten der ersten Welthandelskonferenz bekannt waren, hat die

ausführliche Behandlung der einschlägigen Fragen in diesem Forum ohne Zweifel jenen Impuls und Ansporn gegeben, der für die Lösung dieser komplexen Probleme vonnöten ist. Die Diskussionen hinsichtlich der gegenwärtigen Lage und Erfordernisse der Entwicklungsländer sind nun nicht mehr auf einen kleinen Kreis von Regierungsbeamten oder Personen mit spezieller Verantwortung auf diesem Sektor beschränkt, sondern finden heute auch auf akademischem Boden sowie in Kreisen der Wirtschaft und des Handels statt. Als der österreichische Bundeskanzler, Dr. Joseph Klaus, am 20. April 1966 dem Parlament das Programm seiner Regierung vorlegte, erwähnte er auch im besonderen die Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung und wiederholte die bereits verschiedentlich im Rahmen internationaler Organisationen zum Ausdruck gebrachte österreichische Bereitschaft, prozentual zu seiner wirtschaftlichen Leistungskraft zur Lösung der wichtigsten einschlägigen Fragen beizutragen.

In der jüngsten Vergangenheit wurde in Österreich eine Reihe weitreichender Maßnahmen im Interesse einer Handelserleichterung und einer Erhöhung der finanziellen Hilfe für die Entwicklungsländer unternommen. Angesichts der ungeheuren Aufgaben der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung eines großen Teiles der Länder der Erde mögen zwar alle Maßnahmen individueller oder kollektiver Natur unzureichend oder unbedeutend erscheinen. Aber haben wir nicht im Laufe von nur zwei oder drei Jahren das Stadium bloßer Ideen und vager Konzeptionen verlassen und sind zur Formulierung praktischer Aktionsmaßnahmen vorgedrungen? Haben wir nicht im Rahmen der UNCTAD eine feste institutionelle Verankerung für unsere Bestrebungen vorgenommen und ein Sekretariat geschaffen, welches in der Lage ist, die vielen schwierigen Probleme auf dem Gebiet des Handels und der wirtschaftlichen Entwicklung mit Erfolg zu behandeln?

Herr Präsident, wir sind gegenwärtig bloß am Beginn des letzten, aber bedeutendsten Abschnittes des sogenannten ›synchronisierten Vorgehens‹ der Industriestaaten und der Entwicklungsländer, welches zur Erreichung positiver Resultate unumgänglich nötig ist. Die für nächstes Jahr angesetzte zweite Welthandelskonferenz, die sich auf wenige, aber besonders wichtige Fragen konzentrieren soll, wird das Tempo und die Richtlinien für unsere künftigen Arbeiten festlegen. Österreich sieht dieser Konferenz mit Optimismus entgegen und verspricht seine volle Mitarbeit.

Die Tätigkeit der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Industriellen Entwicklung wird seitens meiner Regierung ebenfalls mit größtem Interesse verfolgt. Wir sind uns der Tatsache völlig bewußt, daß die Industrialisierung einen der wichtigsten Faktoren in jedem wirtschaftlichen Entwicklungsprogramm darstellt. Meine Regierung unterstützt daher die Resolution 2089 (XX), mit welcher die Organisation für Industrielle Entwicklung der Vereinten Nationen ins Leben gerufen wurde, und ist entschlossen, diesem neuen Tätigkeitsbereich der Vereinten Nationen seine volle Unterstützung angedeihen zu lassen.

Die Erfahrung innerhalb der Vereinten Nationen zeigt mit aller Deutlichkeit, daß neutrale Staaten für die Entwicklungsländer willkommene Partner darstellen, und zwar nicht nur im Hinblick auf die Zurverfügungstellung von Experten oder Technischer Hilfe, sondern auch bezüglich der ihnen als Zentrum für internationale Konferenzen und Seminare zukommenden Funktion.

Unter Berücksichtigung dieser Erfahrung und dem aufrichtigen Wunsch meines Landes, einen weiteren Beitrag zu der großen Aufgabe der wirtschaftlichen Entwicklung zu leisten, hat die österreichische Regierung beschlossen, Wien als möglichen Sitz für die UN-Organisation für Industrielle Entwicklung vorzuschlagen, falls sich eine Mehrheit der Mitgliedstaaten für eine Errichtung des permanenten Sekretariates dieser Organisation außerhalb des Stammsitzes der Vereinten Nationen aussprechen sollte.

Herr Präsident, in meiner Rede vor der Generalversammlung habe ich darzulegen versucht, daß die Lösung der vielen offenen Probleme auf dem Sektor des Weltfriedens und der wirtschaftlichen und sozialen Gerechtigkeit nicht nur von politischen oder rechtlichen Beschlüssen abhängt, sondern die hohe ethische Verantwortung aller Regierungen und anderer moralischer Autoritäten berührt. Ich halte es daher für angebracht, den Mitgliedern dieser Versammlung den Besuch seiner Heiligkeit des Papstes Pauls VI. bei der XX. Generalversammlung in Erinnerung zu rufen, durch den dieser sein unbeschränktes Vertrauen und seinen Glauben in die Vereinten Nationen zum Ausdruck brachte, einer Organisation, die zwar nicht die beste aller erdenklichen Institutionen darstellt, die sich aber in der Vergangenheit als ein unersetzliches Instrument im Dienste des internationalen Friedens und der Erzielung wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts erwiesen hat.

Zwei politische Testamente – Hammarskjöld und U Thant

PROFESSOR DR. ELLINOR VON PUTTKAMER
Vortragende Legationsrätin I. Klasse

Einmal jährlich geben die Vereinten Nationen ihrem höchsten Beamten das Recht, sich über die Lage der Organisation zusammenfassend zu äußern. Es ist der Jahresbericht, den der Generalsekretär gemäß Art. 98 der Charta der Vollversammlung vorzulegen hat, der diese Gelegenheit bietet. Die Einleitung zum Jahresbericht, die dem vom Sekretariat zusammengestellten, stets mehrere Wochen vor der Eröffnung der Vollversammlung veröffentlichten Rechenschaftsbericht über die Details gewohnheitsmäßig erst unmittelbar vor dem Zusammentritt der Versammlung folgt, wird immer mit Spannung erwartet. Denn sie bildet nicht nur den ›Allgemeinen Teil‹ des Berichts, sondern ist zugleich die persönliche, politisch zu wertende Aussage des Generalsekretärs.

Zum zweiten Male hat jetzt die Einleitung zum Jahresbericht des Generalsekretärs an die UN-Vollversammlung den Charakter eines ›Politischen Testaments‹ erhalten. Es läßt sich darüber philosophieren, ob Dag Hammarskjöld seinen Bericht an die XVI. Vollversammlung 1961 bereits in der Ahnung des Todes geschrieben hat, der ihn wenige Wochen später ereilte; die Vielschichtigkeit seiner Persönlichkeit läßt diesen Gedanken aufkommen. Aber das ist eine irrationale Perspektive, die man nicht weiterverfolgen sollte. Festzustellen ist lediglich die nüchterne Tatsache, daß in diesem, mit dem 17. August 1961 datierten Bericht ein Gesamtbild von den Grundsätzen und Zielen der Vereinten Nationen einerseits, der inadäquaten politischen Wirklichkeit andererseits gezeichnet wurde, das – wie ein Testament – nicht nur ein Fazit zieht, sondern auch Wünsche und Hoffnungen für den Fortbestand und die Weiterentwicklung des begonnenen Werks zum Ausdruck bringt.

Ganz anderer Art sind die Gegebenheiten für ein ›Testament‹ U Thants. Denn als er es Mitte September des Jahres bekanntgab, geschah dies nahezu gleichzeitig mit der Erklärung, daß er zu einer weiteren Übernahme seines Amtes, für das das Mandat am 3. November endet, aber bis zum Ende der gegenwärtig tagenden 21. Vollversammlung verlängert wurde, nicht mehr bereit sei (siehe Anlage). In diesem Fall ist es also eindeutig, daß der Generalsekretär die Gelegenheit ergriff, um seinen ›letzten Willen‹ auszusprechen. Dieses Faktum bliebe selbst dann bestehen, wenn U Thant entgegen der wiederholten Bestätigung, daß sein Rücktritt unwiderruflich sei, schließlich doch noch den Bitten der Mitgliedstaaten entsprechen und sich erneut für das Amt des Generalsekretärs zur Verfügung stellen sollte.

Ein Vergleich der beiden ›Testamente‹ läßt nicht nur die Verschiedenheit der Persönlichkeiten und ihrer Provenienz deutlich werden; er rückt auch den Wandel, den die Vereinten Nationen in den letzten fünf Jahren durchgemacht haben, in helle Beleuchtung.

Die Sprache des letzten Berichts Hammarskjölds ist die eines zu äußerster Aktivität entschlossenen Mannes, der das ihm anvertraute Instrument, sei es auch gegen den Widerstand der Gruppe von Mitgliedstaaten, die in der Organisation nur ›eine statische Konferenzmaschinerie‹ erblicken, für die Verwirklichung der Grundsätze und Ziele der Charta ›dynamisch‹ machen will. Hammarskjöld überläßt es den Mitgliedstaaten zu entscheiden, welche Richtung sie einschlagen wollen, nimmt aber selbst – trotz der ihm eigenen pythienhaften Ausdrucksweise – unverkennbar Partei für eine Ausgestaltung der Ver-